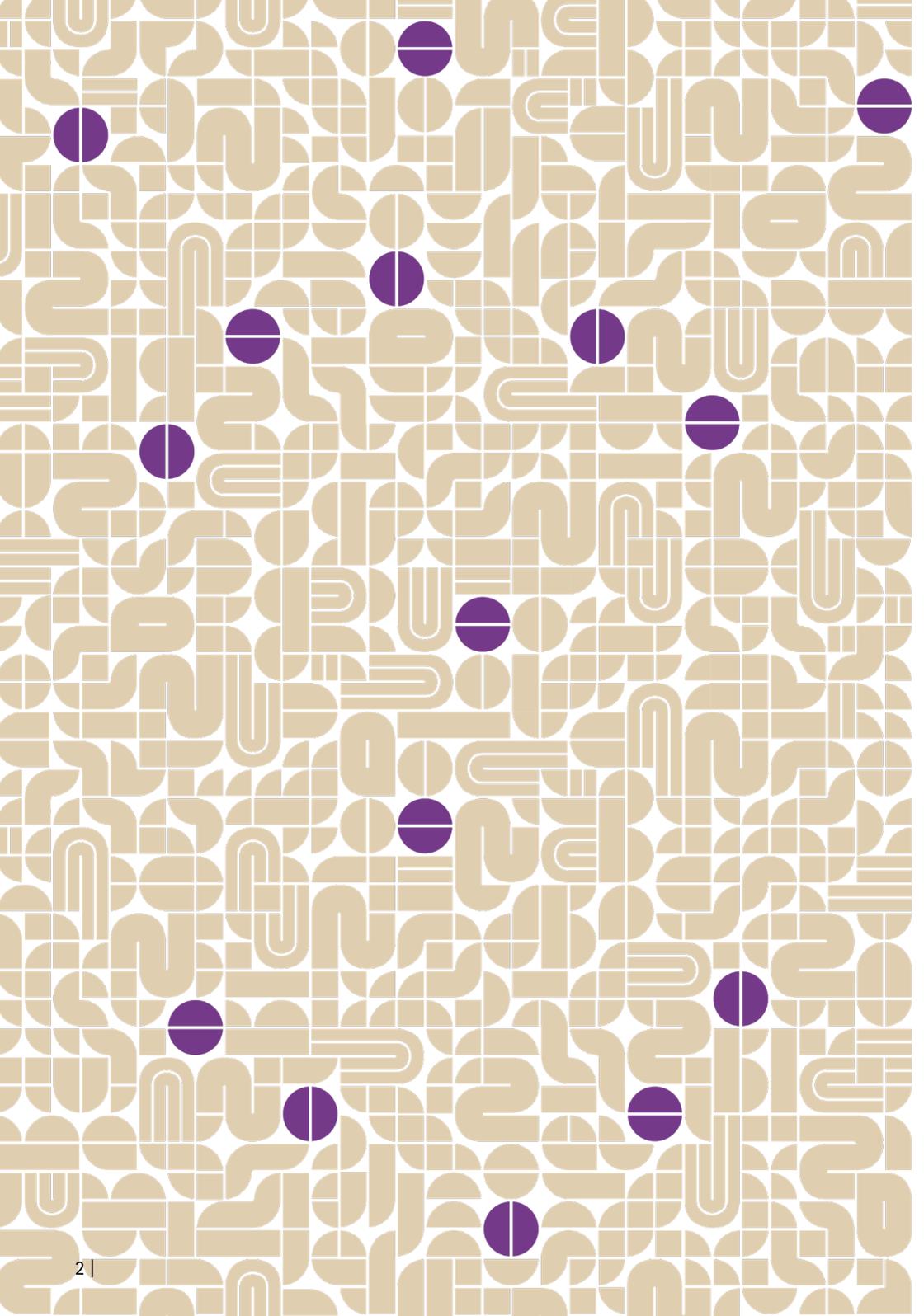




Engagement von Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen

Kurzfassung der Studienergebnisse





Vorwort der Ministerin



Katja Meier
Staatsministerin der Justiz
und für Demokratie, Europa
und Gleichstellung

Mehr Frauen in die Kommunalpolitik – zahllose Statistiken belegen, warum das dringend geboten ist. Die dauerhafte Unterrepräsentanz widerspricht dem demokratischen Grundgedanken der Gleichberechtigung aus Art. 3 Abs. 1 GG – Frauen und Männer sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin. Solange Frauen allerdings nur mit einem Bruchteil aller politischen Mandate vertreten sind, können sie auch in den Kommunen nicht angemessen mitentscheiden, weder über Budgetfragen noch über die Gestaltung der kulturellen Landschaft, weder über das ÖPNV-Angebot noch über die Ausstattung der Kitas.

Als SMJusDEG setzen wir uns deshalb auf vielen Ebenen für eine verbesserte Teilhabe ein: mit Antidiskriminierungsarbeit, mit dem im September 2023 beschlossenen Gleichstellungsgesetz für den öffentlichen Dienst sowie mit dem im Juni 2022 vorgelegten Maßnahmenkatalog zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an Wahlämtern. Der Katalog nennt neben Best-Practice-Beispielen und Anregungen für eine zeitgemäße Sitzungskultur auch das Ziel, eine qualitative Studie vorzulegen, die Aufschluss darüber geben soll, weshalb Frauen nicht mehr kommunalpolitische Ämter übernehmen.

Ich danke der EAF Berlin, die im Sommer 2023 mit der Durchführung dieser Studie betraut wurde. Die jetzt vorliegenden, umfassenden Ergebnisse werden uns dabei helfen, die bestehende Unterrepräsentanz zu beseitigen. Dieser Aufgabe müssen wir uns stellen, denn jede Frau, die auf ein politisches Engagement verzichtet, obwohl sie es sich zutraut, bedeutet eine Schwächung unserer Demokratie. Schließlich ist diese glaubwürdiger, wenn sich Kandidatinnen und Kandidaten zur Wahl stellen, von denen sich die Menschen auch angemessen vertreten sehen. Deshalb muss es im Interesse aller demokratischen Kräfte sein, den Frauenanteil in der sächsischen Kommunalpolitik nachhaltig zu steigern.

Viele Frauen im Freistaat Sachsen sind bereit, mehr politische Verantwortung zu übernehmen – es ist an uns, dieses Empowerment zu fördern, indem wir die nötigen Rahmenbedingungen schaffen.

Inhaltsverzeichnis

Vorwort der Ministerin	3
Einführung und Forschungsdesign	5
Frauen in der (Kommunal-)Politik in Sachsen: Daten und Befunde	8
Motive und Zugangswege zum Engagement	12
Unterstützungsfaktoren	14
Gesellschaftliche Rollenmuster	16
Institutionelle Rahmenbedingungen	17
Parteien und Kandidaturen	20
Sexismus: Abwertung und Ausgrenzung	22
Gesellschaftliche Stimmung und politisches Klima	24
Unterstützung und Schutz gegen Anfeindungen	28
Jetzt erst recht! Engagiert für die Demokratie	29
Handlungsempfehlungen	31
Möglichkeiten politischer Bildung und Beteiligung schaffen	31
Ehrenamtliches Engagement fördern	32
Gleichstellungsstrukturen stärken	33
Frauen ermutigen und vernetzen	34
Parteikulturen geschlechtergerecht gestalten	34
Institutionelle Rahmenbedingungen verbessern	35
Schutz vor Beleidigungen und Bedrohungen bieten	37
Perspektiven unterschiedlicher Frauen einbeziehen	37
Fazit und Ausblick	38

Einführung und Forschungsdesign

Die Kommunalpolitik gilt zu Recht als Basis der Demokratie. Die Entscheidungen, die dort gefällt werden, betreffen unmittelbar den Alltag und das Lebensumfeld der Bürgerinnen und Bürger. Das Einbeziehen der Erfahrungen, Sichtweisen und Bedürfnisse unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen kann folglich wesentlich dazu beitragen, die Qualität politischer Entscheidungen zu verbessern und deren Akzeptanz zu erhöhen. Zugleich bietet die Kommunalpolitik einen vergleichsweise niedrigschwelligen Zugang zur politischen Teilhabe und ermöglicht das Erfahren politischer Selbstwirksamkeit.

Dennoch halten sich zahlreiche Zugangsbarrieren hartnäckig. Ein Indikator dafür ist die deutliche Unterrepräsentanz verschiedener Bevölkerungsgruppen wie u. a. Frauen, jungen Menschen, queeren¹ Personen sowie Menschen mit Migrationsbiografien, mit Behinderungen, mit zu betreuenden Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen, aus bildungsfernen und aus weniger ressourcenstarken Bevölkerungsschichten. Dementsprechend läuft die kommunale Politik Gefahr, für diese Menschen relevante Themen oder Anliegen zu wenig in den Blick zu nehmen. Dies kann sich nachteilig auf das politische Interesse und die Partizipationsbereitschaft der genannten Bevölkerungsgruppen auswirken und somit auch negative Folgen für die Akzeptanz und Stabilität von demokratischen Verfahren und Institutionen nach sich ziehen.



„Je mehr eigene role models irgendwo sitzen oder Entscheidungen mit treffen, umso mehr fühlt man sich vertreten. [...] Wenn es weibliche Perspektiven nicht gibt, werden auch keine Entscheidungen für uns getroffen.“

(Fokusgruppe Parteien: FDP)

Wie also mehr Frauen – die mit 50,8 Prozent² gut die Hälfte der sächsischen Bevölkerung bilden und in sämtlichen sozialen Gruppen und Schichten vertreten sind – für die Kommunalpolitik gewonnen werden können, ist damit nicht nur eine gleichstellungs-, sondern auch eine zentrale demokratiepolitische Aufgabenstellung. Wie können Attraktivität und Zukunftsfähigkeit dieses für das Gemeinwesen und das Zusammenleben vor Ort so wichtigen Engagements erhöht bzw. gesichert werden? Diese Frage steht im Zentrum der qualitativen Studie.

¹ Unter dem Begriff *queer* werden alle Personen zusammengefasst, die zur Gruppe der *LSBTIQ** gehören. Die Abkürzung steht für vielfältige sexuelle und geschlechtliche Identitäten: lesbische, schwule, bisexuelle, transgeschlechtliche, intergeschlechtliche und weitere *queere* Personen. Nachfolgend wird die Bezeichnung *queer* als übergreifender Begriff für alle *LSBTIQ** verwendet.

² Vgl. Bevölkerungsmonitor Sachsen 2023: <https://bevoelkerungsmonitor.sachsen.de/>

Die Studie hat zum Ziel, das Wissen über Hinderungsgründe und Zugangsbarrieren, vorhandene und erforderliche Rahmenbedingungen sowie Erwartungen und Bedarfe bezüglich der Ausführung eines kommunalpolitischen Mandats in Sachsen zu erweitern. Zu diesem Zweck wurden zwischen Oktober 2023 und März 2024 (kommunal-)politisch und zivilgesellschaftlich aktive Frauen aus ganz Sachsen befragt. Der Fokus lag hierbei auf folgenden Gruppen:

1. Amts-/Mandatsträgerinnen aus allen Landkreisen und kreisfreien Städten
2. Weibliche Parteimitglieder ohne kommunalpolitisches Mandat aus CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, Die Linke und Freie Wähler
3. Zivilgesellschaftlich engagierte Frauen ohne kommunalpolitisches Mandat aus den Bereichen Bildung und Soziales sowie Sport, Freizeit und Kultur.

Für die Studie wurden Einzelinterviews und Fokusgruppendifkussionen mit insgesamt 89 Personen durchgeführt. Bei der Zusammensetzung der Stichprobe wurden zunächst Kriterien wie Alter, Wohnort (inkl. städtisch oder ländlich) und das aktuelle Amt bzw. Mandat berücksichtigt. Zudem wurden weitere lebensweltliche, biografische und andere Vielfaltsaspekte miteinbezogen. Die Berücksichtigung von Mitgliedern verschiedener Parteien ist überwiegend gelungen. Die Studie umfasst jedoch keine Stimmen von Mitgliedern der AfD, sodass zu deren Perspektiven auf die behandelten Themen keine Aussagen getroffen werden können.³

In der Untersuchung, die mögliche Ansatzpunkte zur Förderung der Partizipation von Frauen in der Kommunalpolitik herausarbeiten soll, werden zwei Blickwinkel eingenommen:

Zum einen wurden aktive Kommunalpolitikerinnen befragt, worin ihre Motivation zum Engagement begründet liegt, wie sie Zugang zur Kommunalpolitik gefunden haben und was dabei wesentliche Unterstützungsfaktoren für sie darstellen. Frauen aus Parteien und aus der Zivilgesellschaft berichten in der Studie ebenfalls, woraus sich ihre Motivation zum Engagement speist. Zum anderen schildern Kommunalpolitikerinnen, welche Barrieren sie überwinden müssen, um ihr Engagement ausüben zu können, und welche Hinderungsgründe sie insbesondere bei Frauen wahrnehmen, die sie für die Kommunalpolitik begeistern möchten. Weibliche Parteimitglieder und zivilgesellschaftlich engagierte Frauen wurden außerdem gefragt, was sie bisher davon abhält, sich um ein kommunalpolitisches Mandat zu bewerben.

³ Auf die sehr breit gestreute öffentliche Ausschreibung der Studie hin gab es unter den knapp 300 Einträgen in die Teilnehmerinnen-Datenbank keine Einträge von weiblichen Parteimitgliedern der AfD. Aufgrund der Einstufung des sächsischen AfD-Landesverbandes als gesichert rechtsextremistische Bestrebung wurde auf eine zusätzliche aktive Ansprache der Partei verzichtet. Folglich sind keine Stimmen von Frauen der AfD in die Studie eingeflossen.

Auf der Grundlage der Analyse ihrer Angaben wurden Handlungsempfehlungen entwickelt. Diese richten sich an staatliche Akteure auf kommunaler, Landes- und Bundesebene, an Parteien, Verbände und Stiftungen, an Ausbildungsstätten und Institutionen der politischen Bildung, an Ratsmitglieder sowie an weitere relevante Multiplikatorinnen wie Gleichstellungsbeauftragte. Abschließend wird ein Ausblick auf die Herausforderungen und Potenziale gegeben, die sich in Bezug auf die Repräsentation von Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen zeigen.

Da es sich um eine qualitative Studie handelt, basiert ihr Erkenntnisgewinn auf den persönlichen Erfahrungen und Einschätzungen, welche die befragten Frauen in den Interviews und Fokusgruppen geteilt haben. In der Broschüre werden daher einige der Originaltöne wiedergegeben, um auch Sie als Leserinnen und Leser an diesen Eindrücken unmittelbar teilhaben zu lassen.⁴

Entsprechend der Vorgaben der Handreichung zur geschlechtergerechten Sprache in der Verwaltung des SMJusDEG wurde im Text auf inklusive Sprache⁵ verzichtet und stattdessen auf geschlechterneutrale oder binäre Formulierungen zurückgegriffen. Dies bedeutet, dass ggf. nicht alle geschlechtlichen Identitäten sprachlich sichtbar sind. Die Autorinnen weisen deshalb an dieser Stelle darauf hin, dass queere Identitäten bei der Durchführung der Studie bewusst miteinbezogen wurden.

Unser Dank gilt allen, die uns unterstützt haben. Insbesondere dem Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung für die Begleitung, Susanne Köhler und Dr. Alexandra-Kathrin Stanislaw-Kemenah als Vertreterinnen der Fachkommission zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an Wahlämtern. Ebenso Prof. Dr. Anja Besand, Prof. Dr. Raj Kollmorgen und Dr. Elke Wiechmann für die kritische Diskussion der Studienergebnisse, den Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten und vielen weiteren Multiplikatorinnen sowie den Kolleginnen der EAF Berlin, insbesondere Lisa Hempe, Louisa Zegler, Julika Hülsemann und Katharina Gebhard.⁶

Die Autorinnen der EAF Berlin im September 2024 **Kathrin Mahler Walther, Anna Sive und Dr. Helga Lukoschat**

4 Die Zitate wurden sprachlich geglättet und hinsichtlich Dopplungen gekürzt, Auslassungen sind entsprechend gekennzeichnet. Hinweise auf konkrete Orte oder andere nachvollziehbare Kontexte wurden gelöscht, um die Anonymität der Befragten zu gewährleisten.

5 Eine inklusive bzw. geschlechtergerechte Sprache schließt alle Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Alter, Religion, Behinderung oder sexueller Identität ein.

6 Bei der vorliegenden Broschüre handelt es sich um eine Kurzfassung der Studie zum Engagement von Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen. Der ausführliche Ergebnisbericht mit detaillierten Informationen zum Forschungsdesign und zu einschlägigen Studien im Themenfeld ist auf den Webseiten des SMJusDEG und der EAF Berlin abrufbar.

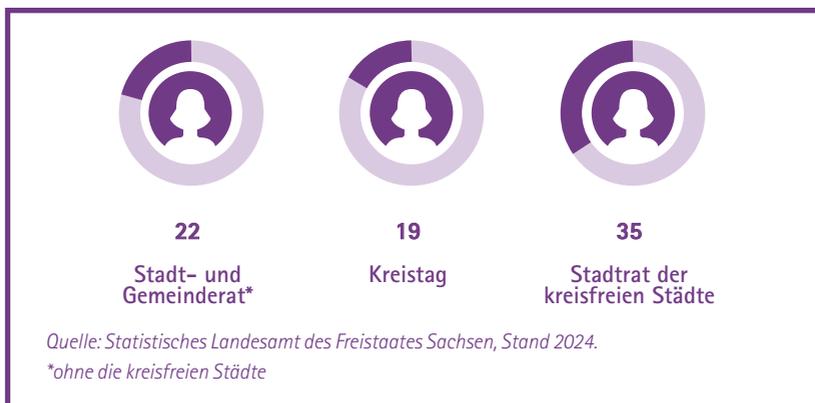
Frauen in der (Kommunal-)Politik in Sachsen: Daten und Befunde

Sachsen gehört im bundesweiten Vergleich zu den Schlusslichtern, wenn es um die Repräsentation von Frauen in der Politik geht: Im Sächsischen Landtag liegt der Frauenanteil in der aktuellen 8. Legislaturperiode bei 27,5 Prozent und ist damit etwas niedriger als in der vorherigen Legislaturperiode, als er 27,7 Prozent betrug. Der Frauenanteil in den Landtagen hingegen beträgt im Durchschnitt aller Bundesländer 33,2 Prozent. Nur in Bayern ist er mit 24,6 Prozent noch niedriger als in Sachsen.

Der Frauenanteil in den kommunalen Vertretungen in Sachsen lag in der vergangenen Wahlperiode (2019 bis 2024) mit ca. 20 Prozent⁷ lediglich bei einem Fünftel aller Sitze und damit ebenfalls deutlich unter dem bundesweiten Durchschnitt von 30,3 Prozent. Mit der Kommunalwahl 2024 ist der Frauenanteil zwar leicht gestiegen (s. Abb. 1), dennoch gehört Sachsen auch hier weiterhin zu den Schlusslichtern und hat gemeinsam mit Sachsen-Anhalt den niedrigsten Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik.⁸

Nachfolgend werden in Abb. 1 die prozentualen Anteile von Frauen in der Kommunalpolitik in Sachsen differenziert aufgefächert. Die Zahlen belegen einen deutlichen Unterschied zwischen städtischen und ländlichen Regionen.

Abb. 1 Frauenanteile in der Kommunalpolitik in Sachsen nach der Kommunalwahl 2024 (Angaben in Prozent)

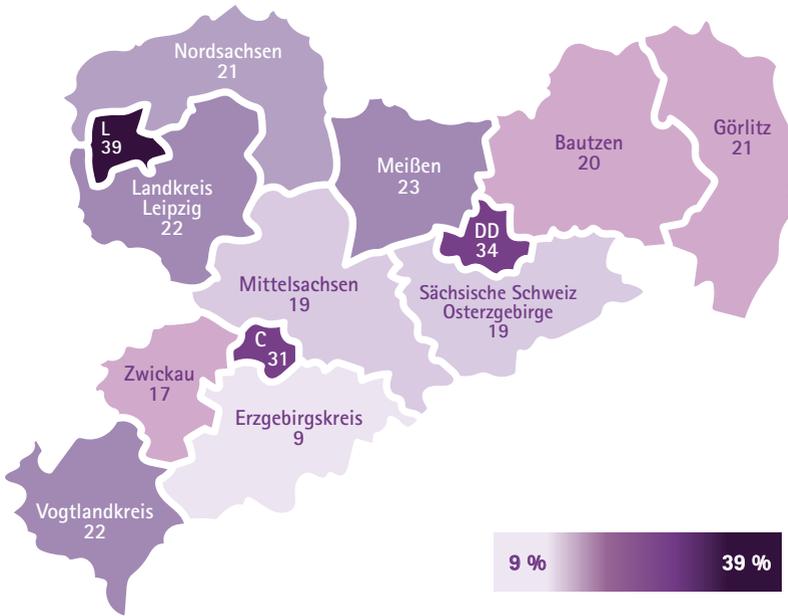


⁷ Die bundesweiten Vergleichszahlen beziehen die Ebenen von Gemeinde- und Stadträten sowie von Kreistagen in die Berechnung ein.

⁸ BMFSFJ (2023): 4. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland.

Der Unterschied zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen wird in Abb. 2 ausdifferenziert und für alle zehn Landkreise Sachsens sowie die drei kreisfreien Städte dargestellt. Hier zeigen sich 2024 Unterschiede von bis zu 14 Prozent zwischen den Landkreisen. Schlusslicht ist der Erzgebirgskreis mit 9 Prozent, den höchsten Wert weist der Landkreis Meißen mit 23 Prozent auf.

Abb. 2 Frauenanteile in den Kreistagen in Sachsen und Stadträten der kreisfreien Städte 2024 (Angaben in Prozent)



Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, Stand 2024.

Ergänzend dazu gibt die folgende Tabelle (Abb. 3) einen Überblick über den Anteil von Frauen unter den Kandidierenden und Mandatsträgern der Kommunalwahlen 2019 und 2024. Der Frauenanteil unter den Kandidierenden auf der Ebene der Gemeinde- und Stadträte lag 2024 mindestens ebenso hoch, häufig aber um mindestens zwei bis drei Prozentpunkte höher als 2019. Mit Ausnahme des Erzgebirgskreises trifft dies auch auf alle Kreistage zu. Daraus kann geschlossen werden, dass die vielfältigen Initiativen zur Gewinnung von Frauen für die Kommunalpolitik in Sachsen im Vorfeld der Kommunalwahl 2024 erfolgreich dazu geführt haben, dass sich mehr Frauen zu einer Kandidatur entschlossen haben. Nach der Wahl ist der Frauenanteil unter den Abgeordneten zwar in drei Landkreisen und zwei Großstädten rückläufig, hat aber in sieben Landkreisen und einer Großstadt zugenommen und ist insgesamt leicht gestiegen.

Abb. 3 Frauenanteile unter den Kandidierenden und Mandatsträgern nach Landkreisen/ kreisfreien Städten 2019 und 2024 (Angaben in Prozent)

	Ortschaftsrat				Gemeinderat/Stadtrat				Kreistag			
	Kandi- datinnen 2019	Gewählte Frauen 2019	Kandi- datinnen 2024	Gewählte Frauen 2024	Kandi- datinnen 2019	Gewählte Frauen 2019	Kandi- datinnen 2024	Gewählte Frauen 2024*	Kandi- datinnen 2019	Gewählte Frauen 2019	Kandi- datinnen 2024	Gewählte Frauen 2024
Insgesamt	26	24	28	?	24	21	26	22	22	17	25	19
Erzgebirgskreis	23	22	25	?	23	20	24	21	24	14	18	9
Mittelsachsen	29	26	27	?	24	21	27	23	24	14	27	19
Vogtlandkreis	26	25	26	?	23	19	25	22	22	21	24	22
Zwickau	22	24	27	?	25	22	26	23	23	18	27	17
Bautzen	19	23	25	?	22	20	22	19	14	15	21	20
Görlitz	25	23	29	?	22	19	24	21	23	19	26	21
Meißen	28	27	26	?	26	21	27	22	23	15	27	23
Sächs. Schweiz	20	19	25	?	23	18	25	22	22	13	25	19
Leipzig	22	22	26	?	22	21	25	25	22	23	24	22
Nordsachsen	28	26	30	?	24	21	27	22	25	15	28	21
Chemnitz, Stadt	23	21	19	?	28	30	28	31	-	-	-	-
Dresden, Stadt	32	32	34	?	34	39	35	34	-	-	-	-
Leipzig, Stadt	30	25	28	?	35	34	36	39	-	-	-	-

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2019 bzw. 2024. Abgerufen im September 2024. Eigene Berechnungen. Die Zahlen für 2024 waren zum Zeitpunkt des Drucks der Broschüre noch nicht vollständig vorhanden.

*Angaben zu 410 von 418 Gemeinden/Städten

Mit Blick auf die Parteien und Wählervereinigungen zeigt sich ebenfalls, dass der Anteil von Frauen unter den Kandidierenden und späteren Mandatsträgern in der Kommunalwahl 2024 im Vergleich zu 2019 überwiegend leicht angestiegen ist (Abb. 4). Fast alle Parteien und Wählervereinigungen haben mehr Frauen nominiert als zuvor. Jedoch unterscheiden sich die Parteien sehr stark hinsichtlich der Repräsentanz von Frauen unter den Kandidierenden: Während diese bei der FDP und der AfD unter 20 Prozent liegt, ist sie bei der CDU, den Wählervereinigungen und dem BSW mit 23 bis 29 Prozent etwas höher sowie bei der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke am höchsten mit bis zu 42 Prozent. Aber auch bei den letztgenannten Parteien liegt der Anteil von Frauen trotz Quotenregelungen unter 50 Prozent. Eine umfangreiche Studie zu Parteikulturen verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass für eine tatsächliche Chancengleichheit neben formalen Maßnahmen tiefgreifende kulturelle Veränderungen innerhalb der Parteien erforderlich sind.⁹

⁹ Lukoschat, Helga/Köcher, Renate (2021): Parteikulturen und die politische Teilhabe von Frauen. Eine empirische Studie mit Handlungsempfehlungen an die Parteien. EAF Berlin/IfD Allensbach.

Abb. 4 Frauenanteile unter den Kandidierenden und Mandatsträgern nach ausgewählten Parteien 2019 und 2024 (Angaben in Prozent)

	Ortschaftsrat				Gemeinderat/Stadtrat				Kreistag			
	Kandi- datinnen 2019	Gewählte Frauen 2019	Kandi- datinnen 2024	Gewählte Frauen 2024	Kandi- datinnen 2019	Gewählte Frauen 2019	Kandi- datinnen 2024	Gewählte Frauen 2024*	Kandi- datinnen 2019	Gewählte Frauen 2019	Kandi- datinnen 2024	Gewählte Frauen 2024
Insgesamt	26	24	28	?	24	21	26	22	22	17	25	19
Wählervereinigung	25	24	27	?	23	21	25	22	20	16	23	18
CDU	22	20	25	?	21	18	24	21	19	11	21	15
AfD	11	13	19	?	14	12	19	17	13	12	16	15
Die Linke	38	44	42	?	37	39	41	43	33	35	35	42
SPD	32	30	39	?	30	27	34	31	27	24	34	20
B'90/Die Grünen	41	46	42	?	41	39	41	31	34	30	34	45
FDP	19	16	17	?	22	14	20	14	19	8	19	17
BSW	-	-	29	?	-	-	26	29	-	-	26	27

Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, 2019 bzw. 2024. Abgerufen im September 2024. Die Zahlen für 2024 waren zum Zeitpunkt des Drucks der Broschüre noch nicht vollständig vorhanden.

*ohne kreisfreie Städte, Angaben zu 410 von 418 Gemeinden/Städten

Im Vergleich zeigt sich aber bereits die Wirkung jahrelanger Gleichstellungsbe-
mühungen und Quotenregelungen in den zuletzt genannten Parteien, die Frauen
mehr Chancen der Partizipation eröffnen und auch zu einem höheren Anteil von
Frauen unter den Mitgliedern geführt haben. Die in ostdeutschen verglichen mit
westdeutschen Bundesländern durchgängig niedrigeren Anteile von Frauen in der
Kommunalpolitik sind wesentlich darauf zurückzuführen, dass in Ostdeutschland
die genannten Parteien seltener gewählt werden.

In den kommunalen Führungspositionen ist der Anteil von Frauen noch geringer als
unter den Mandatsträgerinnen. Nur 12 Prozent der Rathäuser in Sachsen werden von
einer Frau geleitet – das sind 50 der insgesamt 418 Bürgermeisterämter (Stand Juli
2024). Mit 13,4 Prozent liegt der Frauenanteil unter den ehrenamtlichen Bürgermeiste-
rinnen und Bürgermeistern etwas höher als unter den hauptamtlichen mit 11,4 Prozent.
Sachsen befindet sich mit dem Durchschnittswert von 12 Prozent zwar leicht über dem
bundesweiten Durchschnitt von 9 Prozent, allerdings wird kein einziges kommunales
Spitzenamt, wie z. B. der Posten des Landrats, von einer Frau ausgeführt. Die Spitzen
der Landkreise und kreisfreien Städte sind dementsprechend allesamt männlich besetzt.
Damit steht Sachsen im Vergleich aller Bundesländer als Schlusslicht da.¹⁰

¹⁰ BMFSFJ (2023): 4. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland.

Motive und Zugangswege zum Engagement

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass das Engagement von einer grundsätzlichen Prägung oder Wertehaltung, die durch das Elternhaus, das persönliche Umfeld oder Ausbildungsinstitutionen entstanden sein kann, getragen wird. Hinzu kommt häufig ein Schlüsselmoment wie eine bestimmte politische Situation, ein konkreter Missstand vor Ort oder ein übergreifendes moralisches Anliegen. Dies kann entscheidend dafür sein, dass sich Menschen einbringen und Zeit sowie Kraft in ehrenamtliche und politische Tätigkeiten stecken.

Häufig sprechen die kommunalpolitisch oder zivilgesellschaftlich engagierten Frauen davon, dass sie sich für ihre Heimat einsetzen und vor Ort etwas bewegen wollen. Dieser Wunsch kann mit dem Bedürfnis einhergehen, der nächsten Generation Positives geben bzw. hinterlassen zu wollen, nicht selten verbunden mit der Sorge um die Zukunft der Region.

„Mir liegt diese Stadt extrem am Herzen und ich möchte einfach, dass sich die Bürger, die hier wohnen, auf Augenhöhe begegnen, mit Respekt, und sich wirklich wohlfühlen in ihrer Heimat. Und meine Herzensanliegen sind natürlich, dass die Kinder die Möglichkeiten haben, sich in dieser Stadt ordentlich zu entfalten.“



(Interview: Stadträtin, ländlich, 53 Jahre)

Mehrfach werden auch konkrete politische Ereignisse genannt, die den Impuls zu eigenem Engagement gegeben haben – sei es zivilgesellschaftlich oder kommunalpolitisch. Internationale Krisen und Kriege gehören ebenso dazu wie die hohe Fluchtzuwanderung 2015 und 2022 oder die Corona-Krise ab 2020. Da all diese Ereignisse zum Erstarken rechter und extrem rechter politischer Kräfte beigetragen haben bzw. mit diesem Hand in Hand gegangen sind, zeigt sich bei einem Teil der befragten Frauen gleichzeitig ein erhöhter Einsatz gegen diese Entwicklung. Ihr bewusst etwas entgegensetzen zu wollen, spielte vor allem im Hinblick auf die Kommunalwahl 2024 eine wesentliche Rolle und motivierte auch Frauen, für die es vorher nicht denkbar gewesen wäre, sich für ein Mandat aufstellen zu lassen.

Für viele der Befragten ist eine zivilgesellschaftliche Tätigkeit der Startpunkt in die politische Arbeit. Themen aus der eigenen Lebenswelt dienen dabei oft als Aufhänger und Initialzündung. Die Bereiche, in welchen sich Frauen engagieren, sind daher vor allem die, in denen sich strukturelle Benachteiligung und Hürden, wie etwa im Bereich Familie und Kinder, auf Frauen besonders stark auswirken. Hier bringen sich die Frauen bspw. im Elternbeirat der Kita und der Schule oder im Stillverein ein. Darüber hinaus sind die Studienteilnehmerinnen auch im gesellschaftlichen, sozialen, kulturellen, sportlichen oder kirchlichen Bereich aktiv.

Zivilgesellschaft als Einstieg

Den Ausgangspunkt für kommunalpolitisches Engagement von Frauen bildet häufig zivilgesellschaftliches Engagement. So zeigte eine repräsentative Befragung von Stadt- und Gemeinderätinnen in Deutschland, dass 86 Prozent der Frauen schon vor der Übernahme eines kommunalpolitischen Mandats in Vereinen, Verbänden oder Parteien ehrenamtlich engagiert waren. Für viele entwickelt sich hier zum einen ein inhaltlicher Zugang zu den Themen der Kommunalpolitik. Zum anderen bietet das Engagement auch eine Bühne für den Auftritt in einem gewissen öffentlichen Rahmen und die damit verbundene Sichtbarkeit und Bekanntheit, die für Kandidatur und Wahl ein wichtiger Erfolgsfaktor sind. Wer sichtbar ist, wird mit höherer Wahrscheinlichkeit auf eine mögliche Kandidatur angesprochen – ein wichtiger Zugang zur Kommunalpolitik. 62 Prozent der Stadt- und Gemeinderätinnen der o. g. Befragung bekamen den Anstoß für die Kommunalpolitik von außen.

Quelle: Kletzing, Uta/Lukoschat, Helga (2010): *Engagiert vor Ort. Wege und Erfahrungen von Kommunalpolitikerinnen*, EAF Berlin.



„Aber wie es so war, der CDU sind die männlichen Kandidaten ausgegangen. Und da kamen sie dann zu mir und haben eben gefragt, ob ich mir das vorstellen könnte. Und ja, ich hatte ja schon den Fuß in die Richtung gesetzt. Insofern habe ich das bestätigt und bin dann für die CDU gestartet, die auch, das muss ich jetzt wirklich sagen, meine politische Heimat ist. So bin ich zu meinem Amt gekommen.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Wie im Infokasten beschrieben, ist es nicht selten zivilgesellschaftliches Engagement, das den konkreten Anstoß für eine kommunalpolitische Tätigkeit gibt. Durch dieses ergeben sich nicht nur inhaltliche Anknüpfungspunkte und wertvolle Kontakte, sondern es fördert auch Erfahrungen der Selbstwirksamkeit. In mehreren Fällen wurden Parteien in diesem Kontext auf aktive Frauen aufmerksam und sprachen sie gezielt an, ob sie sich eine Kandidatur auf der Parteiliste vorstellen könnten. Das zivilgesellschaftliche Engagement führt somit zu höherer Sichtbarkeit der betreffenden Frauen, welche den Zugang zu politischer Arbeit begünstigt.



„Als ich den Zugang fand, war das auch aufgrund einer gezielten Anfrage eines Parteimitglieds. „Ja, hast du jetzt nicht Interesse?“ Das heißt, eine queere Frau hat mich angesprochen. Also die Suche und sicher auch das Bewusstsein ist da. Auch die Parteistruktur der Grünen ermöglicht es auf unterschiedlicher Ebene, dass die Frauen mehr Möglichkeit haben zu partizipieren.“

(Interview: Kommunalpolitikerin, städtisch, mit Migrationsgeschichte, 48 Jahre)

Ein Teil der befragten Frauen hat von sich aus Zugang zu einer Partei gesucht, um sich politisch zu engagieren. Über die aktive Mitarbeit kann sich das Interesse der Frauen an Mitgestaltung festigen. Gleichzeitig werden sie mit Blick auf

kommunalpolitische Mandate oder Ämter sichtbarer. Häufig berichten sie davon, dass sie innerhalb der Partei angesprochen wurden, ob sie sich eine Kandidatur vorstellen können. Bei der Aufstellung von Wahllisten kommen die Frauen vor allem dann ins Spiel, wenn es interne Frauenquoten und weitere Regularien gibt, durch die Gleichstellung gezielt gefördert wird.

Fast durchgängig wird davon berichtet, dass die direkte Ansprache ein wichtiger Anstoß für die Kandidatur war. Infolge verinnerlichter Barrieren – zu denen im Kapitel zu gesellschaftlichen Rollenmustern noch genauer zu lesen ist – trauen sich viele Frauen das Mandat bzw. Amt ohne Bekräftigung von außen nicht zu. Ansprache und Motivation durch Dritte können daher ein entscheidender Faktor sein, diesen Schritt zu wagen. Neben den Parteien sind es aktive Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen oder Personen aus dem privaten Umfeld der Frauen, die dabei eine wichtige Rolle spielen.

Unterstützungsfaktoren

Über den initialen Anstoß und den Zugang hinaus braucht es weitere Faktoren, die es Frauen ermöglichen bzw. sie darin bestärken, sich tatsächlich und kontinuierlich über einen längeren Zeitraum hinweg zu engagieren.

Eine wichtige Voraussetzung hierfür sind die persönlichen Ressourcen: Kommunalpolitisches Engagement muss man sich leisten können – zeitlich, finanziell und auch hinsichtlich des eigenen Persönlichkeitsprofils. Starkes Selbstbewusstsein, Pragmatismus, Resilienz und ein ‚dickes Fell‘ scheinen Eigenschaften zu sein, die eine längerfristige Tätigkeit unter den aktuellen Rahmenbedingungen oft überhaupt erst praktikabel machen. Besonders der Aspekt Selbstbewusstsein wird von vielen Frauen in der Studie angesprochen. Damit Frauen zu der Überzeugung gelangen, ein Mandat erfolgreich ausüben zu können, sind dementsprechend vorhandene Erfahrungen in leitenden Rollen im beruflichen oder zivilgesellschaftlichen Kontext förderlich.

Dahingegen scheint es unter den aktuellen Rahmenbedingungen für introvertierte Personen oder Menschen mit neurologischen Erkrankungen oder Traumaerfahrungen sehr schwer bis unmöglich, sich kommunalpolitisch einzubringen. Dies hat wiederum fehlende Perspektiven zur Folge. Zu den zahlreichen Barrieren und der fehlenden Inklusion in diesem Zusammenhang kann die Studie keine detaillierten Hinweise geben – eine weitere Beschäftigung damit ist jedoch empfehlenswert.

Für die Frauen, die aktuell in der Kommunalpolitik engagiert sind, ist das Gefühl von Wirksamkeit ein wichtiger Unterstützungsfaktor. Mit der eigenen Arbeit in der Kommunalpolitik etwas zum Positiven zu verändern, motiviert die Frauen und gibt ihnen Antrieb für die zuweilen zähe oder aus vielerlei Gründen fordernde Arbeit.



„Aber wenn man dann das Krankenhaus retten kann, nur weil man da ist, das ist schon eine coole Aktion gewesen. Da waren die Insolvenzverwalter da und so weiter, und das haben wir in einer Sitzung kippen können.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 57 Jahre)

Von hoher Relevanz ist außerdem ein stärkendes Umfeld. Viele der befragten Frauen mit kommunalpolitischem Mandat befinden sich in einer festen Partnerschaft und beschreiben, wie wichtig die konkrete Entlastung durch ihren Partner für die Ausübung ihres Mandats oder Amtes ist. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn auch Sorgearbeit für Kinder oder andere Personen geleistet wird. Die Unterstützung besteht dabei allerdings nicht nur darin, Teile der Sorgearbeit zu übernehmen, sondern auch im moralischen Zuspruch und der Bestärkung der Kommunalpolitikerinnen. Frauen ohne Partner bzw. Partnerin und alleinerziehende Frauen haben es entsprechend schwerer, die Zeit und Kraft für ein Mandat oder Amt aufzubringen. Umso wichtiger sind neben den Familienmitgliedern weitere unterstützende Menschen im privaten und politischen Umfeld. Das können z. B. andere Kommunalpolitikerinnen oder zivilgesellschaftlich Engagierte, Fürsprechernde in der Partei oder aufgeschlossene Arbeitgeber sein. Zusätzlich kann Bestärkung durch die Bürgerschaft motivieren, stärken und zugleich inhaltlich impulsgebend sein:



„Was mich motiviert hat und immer noch motiviert, das sind die Menschen und die Aktiven in dieser Stadt. Und ich habe da auch viel Unterstützung bekommen. Ich bin fasziniert, wie viele wunderbare, aktive Menschen es gibt in dieser Stadt. Und vor allem, was für geniale, interessante Ideen entstehen.“

(Interview: Stadträtin, kreisfreie Stadt, 55 Jahre)

Mehrfach wird darauf verwiesen, dass nicht zuletzt Männer eine wichtige Rolle als Unterstützer im männerdominierten Politikumfeld spielen. Darüber hinaus zählen auch Frauennetzwerke in den Parteien sowie übergreifende Netzwerke oder Programme zum stärkenden Umfeld. Dies können u. a. Mentoring- oder Empowerment-Programme sein, die bspw. durch Parteien bzw. Wählervereinigungen oder auch im Rahmen öffentlich geförderter, parteiübergreifender Projekte angeboten werden.



„Die Kontakte, die man geknüpft hat zu Landtagsabgeordneten, auch zu Bundestagsabgeordneten, der Austausch, der hilft ungemein. [...] Das macht es mit einer Partei viel einfacher. Wir kriegen natürlich auch viele Hilfsmittel an die Hand. [...] Und daran können wir uns halten.“

(Interview: Stadträtin, ländlich, 40 Jahre)

Laut den befragten kommunalpolitisch aktiven Politikerinnen, von denen zwei Drittel einer Partei angehören, eröffnet die Mitgliedschaft in einer Partei weitreichende Unterstützung, die von einem Teil der Befragten entsprechend benannt wird: Mitglieder haben Zugang zu internen Informationen und Netzwerken, was ihre politische Wirksamkeit und ihren Erfolg auf verschiedenen Ebenen fördert.

Dadurch können Kommunalpolitikerinnen mit Parteimitgliedschaft effizienter arbeiten und besser informiert bleiben. Auch bei der Vorbereitung und Ausübung des Mandats unterstützen die Parteien mit Informationen, Schulungen, Ansprechpersonen und anderen Ressourcen, auf die Parteilose nicht im gleichen Umfang zugreifen können.

Gesellschaftliche Rollenmuster

Traditionelle Rollenbilder sowie die Erziehung und Sozialisation von Mädchen und Frauen haben bis heute einen starken Einfluss darauf, wie Frauen auf sich selbst blicken, was sie sich zutrauen und was sie anstreben. Vielfach führt dies dazu, dass sich die interviewten Frauen stärker hinterfragen, mit Selbstzweifeln kämpfen, sich weniger zutrauen und somit länger zögern, ob sie bspw. eine politische Funktion anstreben wollen. Oftmals werden Frauen auch durch Dritte bestimmte Rollen zugewiesen oder abgesprochen. Ebenso wird ihr Engagement im kommunalpolitischen Bereich kommentiert und hinterfragt.

Wegen der gesellschaftlich verankerten Rollenbilder und der häufig damit verbundenen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern verfügen Frauen außerdem über weniger materielle und zeitliche Ressourcen. Frauen in Ostdeutschland haben aufgrund durchschnittlich höherer Erwerbstätigkeit noch weniger Zeit für politisches oder zivilgesellschaftliches Ehrenamt als Frauen in Westdeutschland (siehe Infokasten).

Gender Care Gap

Frauen verrichten im bundesdeutschen Durchschnitt wöchentlich 9 Stunden mehr unbezahlte Sorgearbeit als Männer. In Ostdeutschland ist der Unterschied zwar etwas geringer, aber immer noch sehr hoch. Hier ist zusätzlich in Betracht zu ziehen, dass Frauen mit 73,9 Prozent eine etwas höhere Erwerbstätigenquote als in Westdeutschland (71,6 Prozent) aufweisen. Während dort drei Viertel der Paare mit Kindern das sogenannte Zuverdienermodell praktizieren, in welchem der Mann Vollzeit und die Frau Teilzeit arbeitet, trifft das in Ostdeutschland nur auf knapp die Hälfte der Paare zu. Häufiger ist hier das Modell, in welchem beide Elternteile Vollzeit arbeiten und gemeinsam für das Familieneinkommen zuständig sind. Entsprechend liegt die durchschnittliche Arbeitszeit der Frauen mit 33,6 Stunden/Woche um knapp 4 Stunden höher als der Durchschnitt berufstätiger Frauen in Westdeutschland.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Destatis) (2024): Zeitverwendungserhebung 2022.

Schäper, Clara/Schrenker, Annkatrin/Wrohlich, Katharina (2023): DIW Wochenbericht 9/2023.

Habler, Dietmar/Pfahl, Svenja/Zucco, Aline (2020): WSI Report Nr. 60.

Die geringe Beteiligung von Frauen in der Kommunalpolitik lässt sich zu einem wesentlichen Teil auf Ungleichheiten und herausfordernde Rahmenbedingungen hinsichtlich der Vereinbarkeit von Beruf, Familie und Privatleben mit dem Engagement zurückführen. Deshalb sind Frauen vor allem in bestimmten Lebensphasen bzw. Altersgruppen in politischen Gremien deutlich unterrepräsentiert. Dies kann dazu führen, dass die für sie relevanten Themen nicht ausreichend berücksichtigt werden und sich die Gestaltung der Rahmenbedingungen für die Kommunalpolitik weiterhin primär an Männern orientiert.



„Das eine ist, dass wir Frauen in der Regel eine viel größere Load an Dingen übernehmen und mehr Rollen intus haben, die mit Aufgaben verbunden sind, wo eben die freien Spitzen nicht ganz so groß sind. Ich bin jetzt in einer Situation, da kann ich mir das erlauben. Mein Kind ist jetzt aus dem Haus.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Bildung & Soziales, ländlich)

Vor diesem Hintergrund sehen fast alle Befragten einen großen Bedarf an Angeboten zur Stärkung und Ermutigung von Frauen. Ein hoher Stellenwert wird überparteilichen Programmen und Seminaren sowie der Sichtbarkeit von Politikerinnen als Rollenvorbilder, insbesondere in der lokalen Presse, eingeräumt. Auch niedrigschwellige Austauschformate für Frauen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen werden als sehr wichtig bewertet.

Institutionelle Rahmenbedingungen

Die institutionellen Rahmenbedingungen kommunalpolitischen Engagements stehen mit den Barrieren, die bezüglich der Vereinbarkeit mit Beruf, Familie und Privatleben bestehen, in unmittelbarer Wechselwirkung. Dazu gehören Sitzungszeiten, die in den Abendstunden liegen und teilweise bis tief in die Nacht andauern, aufwendige Vorbereitungszeiten und zusätzliche Termine mit Gruppierungen sowie Bürgerinnen und Bürgern vor Ort. Hinzu kommen besonders in ländlichen Regionen häufig lange Fahrtzeiten und mangelnde finanzielle Kompensation zusätzlich nötiger Kinderbetreuung. Dies führt dazu, dass Frauen mit Kindern eine kommunalpolitische Tätigkeit häufig erst in Erwägung ziehen, wenn diese älter oder bereits aus dem Haus sind. Für Menschen aus sozialen Berufen mit kurzfristigen Einsätzen oder Schichtdiensten ist die politische Partizipation unter den aktuellen Rahmenbedingungen kaum möglich.

Die Frage, wie kommunalpolitisch aktive Eltern besser bei der Betreuung der Kinder unterstützt werden können, treibt viele der interviewten Kommunalpolitikerinnen um. Auch wenn sie für sich selbst jeweils Lösungen entwickelt haben, sind viele von ihnen der Ansicht, dass es hierbei großen Unterstützungsbedarf gibt, auf den die Gemeinden reagieren müssten. Auch die in den Parteien und in

der Zivilgesellschaft engagierten Frauen bestätigen dies. Mehrfach wurde darauf verwiesen, dass private Betreuungskosten, die aufgrund der Ratsarbeit entstehen, übernommen werden sollten.

Um bei Bedarf den Zeitaufwand etwas reduzieren und Vereinbarkeitsanforderungen gerecht werden zu können, ist der Wunsch nach hybriden Ratssitzungen unter den befragten Kommunalpolitikerinnen hoch. Neben Personen mit Kindern oder Angehörigen, die sie pflegen, würden auch Menschen mit Behinderungen, mit weiten Anfahrtswegen, mit langen Arbeitszeiten oder auswärtigen Dienstreisen davon profitieren. Doch aktuell mangelt es häufig an technischer Ausstattung, zudem fehlen in Sachsen die gesetzlichen Grundlagen für eine entsprechend flexiblere Handhabung.

„Stadtratssitzungen dauern fünf Stunden, manchmal sogar sechs Stunden. Und ich habe einen Arbeitstag von acht Stunden hinter mir. Ich finde es wirklich eine Zumutung, diese Länge der Sitzungen. Und ich finde es auch unverantwortlich, weil kein Mensch, der acht Stunden am Tag eine anstrengende Arbeit gehabt hat, abends um 21:00 Uhr ohne Pause noch fähig ist, tatsächlich verantwortungsvolle Entscheidungen zu treffen.“



(Interview: Stadträtin, städtisch, 52 Jahre)

Darüber hinaus erfordert die Ratsarbeit auch in der Vorbereitung komplexer Themen und Entscheidungen teilweise einen hohen Zeitaufwand. Bürgermeisterinnen sollten in allen Bereichen gut informiert und involviert sein, da sie eine zentrale Rolle in der Leitung des Rats und der Verwaltung ihrer Gemeinde oder Stadt spielen. Für Ratsmitglieder gilt dies ebenfalls, um an der Entwicklung und Verabschiedung lokaler Gesetze und Verordnungen mitwirken zu können. Fehlende Einarbeitung kann dazu führen, dass sie sich nicht dazu in der Lage sehen, komplexe Entscheidungen zu treffen.

Um die Vielzahl an Sachverhalten, mit denen sich Ratsmitglieder auseinandersetzen müssen, adäquat zu bewältigen, wünschen sich viele mehr Unterstützung und Ressourcen in der Fraktion ebenso wie in der Verwaltung. Dies betrifft die Wissensvermittlung über Strukturen und Abläufe sowie die Aufbereitung der Themen und Beschlussvorlagen. Zusätzlich ist ein sensiblerer Blick der Verwaltung für die Bedarfe und Bedingungen, unter denen die kommunalpolitisch Aktiven arbeiten, von zentraler Bedeutung.

„Ich handhabe das so, dass ich die Beschlussvorlagen für die Stadtratssitzungen manchmal selbst umschreibe, oder ich lasse sie noch mal zurückgehen. Ich sage immer: Nach dem zweiten Mal lesen [...] muss der Sachverhalt dargestellt sein und warum wir den Beschluss so vorschlagen als Verwaltung. Das dürfen keine Romane werden. [...] Wir müssen den Stadträten schon übersichtlich darstellen, warum sie wofür ihre Hand heben sollen.“



(Interview: Bürgermeisterin/Kreisrätin, ländlich)

Die Ausübung des kommunalen Mandats – und oft auch das Amt der Bürgermeisterin – ist ein Ehrenamt, für das eine geringe Aufwandsentschädigung gezahlt wird. In Abhängigkeit von der Größe der Gemeinde oder Stadt und der jeweiligen Rollen und Aufgaben im Rat fällt der Zeitaufwand unterschiedlich hoch aus und reicht von wenigen Stunden im Monat bis hin zu zehn oder sogar 20 Stunden pro Woche. Vor allem mit Blick auf die kreisfreien Städte in Sachsen werden in der Studie auch Stimmen hörbar, die infrage stellen, ob eine kommunalpolitische Tätigkeit in diesem Umfang überhaupt ein Ehrenamt sein sollte.

Darüber hinaus werden die Möglichkeiten beruflicher Tätigkeit durch die zeitlichen Anforderungen des kommunalpolitischen Engagements begrenzt. Nicht selten erwähnen die befragten Frauen, dass eine Reduzierung der Berufstätigkeit für Mandatsträger sinnvoll wäre. Die Aufwandsentschädigung könnte dies jedoch nicht kompensieren. Wenngleich diese Tatsache von den aktiven Kommunalpolitikerinnen überwiegend akzeptiert wird, erweist sich die geringe Aufwandsentschädigung bei systemischer Betrachtung als eines der zentralen Hemmnisse für Frauen. Demnach sind Frauen aus schlechter bezahlten Berufen, Alleinerziehende oder von Diskriminierungen betroffene Personen aktuell strukturell dabei benachteiligt, sich ehrenamtlich in die Kommunalpolitik einbringen zu können.



„Wenn man sich politisch engagiert, kann man weniger Geld erwirtschaften und die Erwerbsarbeit leidet darunter. Aber ich als Alleinerziehende muss einfach jede Stunde, die ich arbeiten kann, auch arbeiten.“

(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Bildung & Soziales, Stadt)

Auch für Frauen mit Partnerpersonen und festem Einkommen stellt sich die Frage, ob sie sich das Mandat leisten können, wenn sie eine finanzielle Abhängigkeit vermeiden wollen. Diese betrifft nicht nur die aktuell zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen, sondern auch Zukunftsperspektiven: Mit einer Reduzierung von Arbeitszeit sind Einbußen in der Altersvorsorge verbunden. Als denkbare Modell für den Ausgleich des notwendigen finanziellen Aufwands wird deshalb mehrfach von den Befragten darauf verwiesen, dass bei Freistellungen für Einsätze im Rahmen des kommunalpolitischen Mandats Ausgleichszahlungen an den Arbeitgeber erfolgen sollten – analog zu den Regelungen des Schöffenamtes und der Freiwilligen Feuerwehr. Weiterhin wurde von mehreren Befragten angemerkt, kommunalpolitisches Engagement solle auf die Rentenpunkte angerechnet werden, ähnlich wie auch familiäre Sorgearbeit aktuell in die Rentenberechnung mit einfließt.

Generell wird von den Frauen an verschiedenen Stellen darauf hingewiesen, dass die gegenwärtigen Rahmenbedingungen für kommunalpolitisches Engagement primär auf eine bestimmte Personengruppe zugeschnitten sind. Bei dieser handelt es sich um Männer, die über ausreichend finanzielle Ressourcen verfügen und keine bzw. wenig Sorgearbeit leisten müssen. Insbesondere für die befragten Frauen ohne kommunalpolitisches Mandat spielen diese herausfordernden Rahmenbedingungen zudem eine wichtige Rolle bei der Entscheidung für – bzw. in den meisten Fällen eher gegen – eine Kandidatur.

„Damit eben auch Menschen, die nicht so viel eigenes Geld haben, die Möglichkeit haben, aktiv zu sein. Man braucht eben ein Telefon, man muss irgendwo mal hinfahren können. [...] Ein Hartz-IV-Empfänger, oder jetzt Bürgergeld-Empfänger, eigentlich kann der es sich nicht leisten, im Stadtrat aktiv zu sein. Wenn man jetzt mal so die ganzen Fahrtkosten nimmt, die dann entstehen, oder das Papier, wenn man doch noch mal was ausdruckt.“



(Interview: Stadträtin, ländlich, 50 Jahre)

Parteien und Kandidaturen

Die Parteien haben trotz ihrer in Ostdeutschland geringeren Verankerung in der Bevölkerung eine hohe Bedeutung für die Ansprache, Auswahl und Nominierung von Kandidatinnen für kommunalpolitische Mandate und Ämter. Deshalb spielt ihre interne Kultur eine wesentliche Rolle bei der Frage, ob und wie die Gewinnung und Förderung von Frauen nachhaltig gelingt.

Idealerweise sollten Parteien Orte sein, in denen sich Frauen und Männer gleichermaßen politisch beheimatet fühlen und gleiche Chancen vorfinden, um sich engagieren zu können. Der in allen großen Parteien geringere Anteil von Frauen unter den Mitgliedern (wenngleich es auch unter den Parteien erhebliche Unterschiede gibt) weist darauf hin, dass das bisher nicht der Fall ist. Einen Ansatz, um unbewusste Vorurteile auszuhebeln und strukturelle Nachteile auszugleichen, stellen interne (Quoten-)Regelungen für die Repräsentation von Frauen in Parteifunktionen und auf Wahllisten dar. Dies führt zu deutlich erhöhten Chancen für Frauen, in politische Ämter und Mandate zu gelangen, kann jedoch nicht all die Probleme lösen, welche mit stereotypen Rollenbildern und männlich geprägten Parteikulturen verbunden sind. Dazu finden sich in der Studie zahlreiche Hinweise.

„Als Frau erlebt man da schon einiges. Wir haben jetzt die Landesliste aufgestellt von der [Partei]. Und es gibt ja jetzt diese Vorgabe, dass paritätisch besetzt werden soll, also jeder zweite Platz eine Frau und dann ab Platz 14 jeder dritte Platz eine Frau. Und es sind nur Frauen angegriffen und infrage gestellt worden von Männern auf diesem Landesvertreterparteitag, was sehr irritierend war.“



(Interview: Stadträtin, städtisch, 44 Jahre)

Doch nicht alle Parteien besetzen ihre Listen paritätisch. In mehreren Parteien bestehen keine oder nur unverbindliche Quotenregelungen, wodurch die Präsenz von Frauen noch stärker vom individuellen Engagement und der Förderung durch Einzelpersonen abhängt.¹¹ Zusätzlich berichten die Interviewpartnerinnen in großer Mehrheit von offenen oder subtilen Formen der Ausgrenzung innerhalb der Parteien und ihren Gremien. Verbindliche Quotenregelungen sowie Schulungen zur Sensibilisierung für Vorurteile und unbewusste Denkmuster werden deshalb von vielen Befragten als notwendig erachtet.

¹¹ Siehe Infokasten auf der folgenden Seite.

Quotenregelungen der Parteien in Sachsen

CDU

Bei der CDU Sachsen findet zur Gleichstellung von Männern und Frauen das Bundesstatut der CDU Anwendung, das für die Aufstellung von Listen für Kommunal- und Landtagswahlen vorsieht, dass das vorschlagsberechtigte Gremium unter drei aufeinander folgenden Listenplätzen jeweils mindestens eine Frau vorschlägt.

(Vgl. CDU (2019): Statutenbroschüre der CDU Deutschlands)

Bündnis 90/Die Grünen

Bei Wahlen in Sachsen findet das Bundesfrauenstatut von Bündnis 90/Die Grünen Anwendung, das eine Frauenquote von mindestens 50 Prozent für alle Mandate, Ämter und Listenplätze vorschreibt. Bei Listenwahlen bzw. Wahlvorschlägen sind Frauen die ungeraden Plätze vorbehalten.

(Vgl. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Bundesverband (2022): Grüne Regeln)

Die Linke

Grundsätzlich sollen Ämter, Mandate sowie Plätze auf Wahllisten zu 50 Prozent von Frauen belegt werden. Auf Wahlvorschlagslisten sind einer der ersten beiden Plätze und im Folgenden die ungeraden Listenplätze Frauen vorbehalten.

(Vgl. Die Linke (2020): Bundessatzung der Partei)

SPD

Alle Funktionen und Mandate der Partei sollen in Sachsen zu mindestens 40 Prozent von Frauen belegt sein. Die Aufstellung der Listen erfolgt nach dem Spitzenkandidaten oder der Spitzenkandidatin alternierend, also nach dem Geschlecht abwechselnd.

(Vgl. SPD-Landesverband Sachsen (2023): Statut des SPD-Landesverbandes Sachsen)

FDP

Die FDP verfolgt sowohl auf der Bundesebene als auch in Sachsen keine Quotenregelungen.

(Vgl. Drewes, Sabine (2022): Die Frauenquote in der Kommunalpolitik in Deutschland)

AfD

Quotenregelungen bei Wahlen zu innerparteilichen Ämtern oder der Aufstellung von Kandidatinnen oder Kandidaten zu Wahlen sind laut der Satzung der AfD ausnahmslos unzulässig. Die Gründung einer Vereinigung von Frauen innerhalb der AfD ist ebenfalls nicht zulässig. (Bundessatzung Alternative für Deutschland §5 und §17).

(Vgl. AfD (2024): Bundessatzung)

„Bei uns in der CDU ist es ja dieses Bild: viele alte, weiße Männer. Das ist einfach abschreckend, und auch diese Haltung zu einer bestimmten Rolle von einer Frau. Das macht es nicht attraktiver. Ich weiß nicht, ob das auch bei anderen Parteien so extrem ist wie in der CDU. Ich [...] wurde gar nicht ernst genommen. Wenn man dann dort erlebt, so nach dem Motto ‚Lass sie mal reden!‘, als junge Frau zwischen all den alten Herren. Da habe ich gesagt: ‚Das muss ich mir nicht antun in meiner Freizeit.‘“

(Interview: Stadträtin, kreisfreie Stadt, 55 Jahre)



Sexismus: Abwertung und Ausgrenzung

Fast alle befragten Politikerinnen berichten von Erfahrungen mit Sexismus in der kommunalpolitischen Arbeit. Unter Sexismus wird die ungleiche Behandlung, Bewertung, Benachteiligung oder Herabwürdigung aufgrund des Geschlechts verstanden. Er beruht auf der Annahme, dass Frauen und Männer spezifische Eigenschaften und Fähigkeiten haben, welche eine hierarchische Struktur der Geschlechter begründen. Sexismus durchdringt die Arbeitswelt, die Kultur- und Medienlandschaft sowie den öffentlichen und privaten Raum. Dabei werden dem männlichen Geschlecht überlegene bzw. gesellschaftlich privilegierte Rollen gegenüber dem weiblichen Geschlecht sowie nicht-binären und anderen genderqueeren Personen zugeschrieben.¹²

Sexismus begegnet den in der Studie befragten Kommunalpolitikerinnen und engagierten Frauen im Kontakt mit Parteikollegen, Ratsmitgliedern, Bürgerinnen und Bürgern und den Medien. Teils wird er offensiv und absichtsvoll gegen sie gerichtet, teils subtil oder unbewusst. Sexistische Kommentare sind häufig und werden von allen Kommunalpolitikerinnen genannt.

Die Frauen erleben auch, dass ihre Kompetenz angezweifelt wird und sie auf bestimmte, als typisch weiblich geltende Themen festgelegt werden. Wenn ihnen zugehört wird, dann im Bereich Soziales. Sobald sie sich zu vermeintlich eher männlich konnotierten Themen äußern oder entsprechende Ausschüsse besetzen wollen, wird es noch schwieriger für sie, sich durchzusetzen.

„Es ist ganz schwer, sich als Frau in der Männerwelt zu behaupten. Und das fängt an, wenn man sich die Gremien anguckt, wie viele Frauen und wie viele Männer sitzen dort. Der Gemeinderat damals – da waren enge Freunde des alten Bürgermeisters, der mit mir abgewählt wurde. Also das war ein schweres Leben, das muss ich so sagen.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)



¹² Lohaus, Stefanie (2023): GEMEINSAM GEGEN SEXISMUS. Maßnahmen gegen Sexismus am Arbeitsplatz, in Kultur und Medien und im öffentlichen Raum, EAF Berlin. Abrufbar unter: <https://www.gemeinsam-gegen-sexismus.de/materialien/>

Die Kommunalpolitikerinnen werden zudem als Person und ggf. als Mutter infrage gestellt oder aufgrund ihres Äußeren beurteilt. So sehen sich Mütter immer wieder damit konfrontiert, dass Ratskollegen ihr persönliches Vereinbarkeitsmodell und die Qualität ihrer Mutterschaft wegen des zeitlich fordernden kommunalpolitischen Engagements anzweifeln. In mehreren Interviews spielen außerdem die Themen Aussehen und Kleidung eine wichtige Rolle. Frauen werden in den Rats- und Ausschusssitzungen auf ihre Kleiderwahl angesprochen, Äußerlichkeiten und Figur werden kommentiert und sind Teil der Bewertung von Frauen. Neben solchen teils als Komplimente verpackten Äußerungen erleben die Frauen sexualisierte Beleidigungen bis hin zu sexueller Belästigung. Dies kann sich auch im virtuellen Raum ereignen, z. B. durch das Zusenden von Bildern, Videos oder E-Mails bzw. mittels Kommentaren und Direktnachrichten in sozialen Netzwerken. Einige der befragten Frauen berichten, dass sie in diesem Kontext bereits Strafanzeigen erstatten mussten.

Viele Frauen bauen angesichts dieser herausfordernden Gemengelage darauf, sich mit inhaltlicher Kompetenz Gehör und Akzeptanz zu verschaffen und klare Grenzen gegen sexistische Angriffe zu setzen. Das benötigt jedoch viel Energie und stellt neben der Arena der inhaltlichen Auseinandersetzungen im Rat sozusagen eine zusätzliche Arena der Selbstbehauptung dar.

Darüber hinaus berichten die Interviewten mehrfach, dass unter den männlichen Gemeinde- oder Stadträten Netzwerke bestehen, die teilweise bis in die regionale Wirtschaft und Vereinslandschaft hineinreichen, zu denen sie als Frauen nur schwer Zugang haben. Dabei geht es zum einen um das klassische Bier, das – im Falle vorhandener gastronomischer Infrastruktur – im Anschluss an die Ratssitzung gemeinsam getrunken wird. Zum anderen handelt es sich um halb offizielle, halb inoffizielle Runden von Männern, in denen bereits vorab Absprachen über anstehende Themen und Beschlüsse getroffen und von denen sie systematisch ausgeschlossen werden.



„Ich weiß aber, dass es einen Männerstammtisch gibt, wo die FLINTA-Personen¹³ nicht gefragt werden, wo sich die Männer nach dem Stadtbezirksbeirat dann treffen und zusammen ein Bier trinken gehen.“

(Interview: Stadtbezirksbeirätin, kreisfreie Stadt)

Auch hierbei spielen die begrenzten zeitlichen Ressourcen von Frauen, wegen der ihnen für den Aufbau und die Pflege von Netzwerken rund um ihr politisches Engagement häufig weniger Zeit zur Verfügung steht als ihren männlichen Kollegen, eine entscheidende Rolle.

¹³ Das Akronym FLINTA steht für Frauen, Lesben, intergeschlechtliche, nicht-binäre, transgeschlechtliche und Agender-Personen und für alle patriarchal Benachteiligten..

Das führt dazu, dass Frauen oft weniger in die in der Politik oder vor Ort gewachsenen Netzwerke eingebunden sind. Damit erlangen sie schlechter Zugang zu relevanten Informationen, können deshalb ihre Perspektiven in geringerem Maße einbringen und andere schwieriger für ihre Interessen gewinnen. Dadurch werden sie insgesamt weniger wahrgenommen und es fehlt ihnen an Unterstützung.

„Mit Blick auf das Bundesland Sachsen, das ist schon alles sehr tradiert, würde ich mal so sagen, seit 25 Jahren sehr verwachsen und strukturell, ich will mal sagen, gefestigt. Also ein gefestigtes strukturelles Männernetzwerk. Die bleiben sehr gerne unter sich.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 53 Jahre)



Gesellschaftliche Stimmung und politisches Klima

Die aktuelle politische Entwicklung, d. h. die skeptische Haltung vieler Menschen zur Demokratie, wie sie von einschlägigen Studien belegt wird¹⁴, sowie die wachsende rechtsextreme Bedrohungslage in Sachsen spiegeln sich in den Berichten der befragten Kommunalpolitikerinnen und zivilgesellschaftlich Engagierten wider. Die allgemeine gesellschaftliche Stimmung wird in den Interviews häufig als polarisiert beschrieben, teilweise sogar als bedrohlich. Der Grad an Besorgnis ist insgesamt hoch und zielgruppenübergreifend deutlich spürbar. Das politische und gesellschaftliche Klima treibt die Frauen um und verlangt ihnen viel Kraft ab.

Die Analyse der Interviews und der Fokusgruppen zeigt, dass sich das Themenfeld Anfeindungen und Bedrohungen immer mehr in den Vordergrund drängt und als starkes Hemmnis für die Förderung der Repräsentanz von Frauen und weiteren marginalisierten Personen in der Kommunalpolitik gesehen werden muss. Nicht selten sprechen die Politikerinnen von Angst – um sich und ihre Familien. Männer sind ebenfalls davon betroffen. Doch die Art der Angriffe unterscheidet sich und zielt u. a. darauf ab, Frauen aufgrund ihres Geschlechts zu entwürdigen. Es wird von sexualisierten Beleidigungen und Drohungen berichtet, die über die Person hinaus auch in das familiäre Umfeld hineinwirken und Familienmitglieder miteinbeziehen. In den Interviews drängt sich vielfach der Eindruck auf, dass das sich zuspitzende politische und gesellschaftliche Klima und die damit einhergehenden Anfeindungen und Bedrohungen die zuvor beschriebenen Hürden für Frauen in der Kommunalpolitik zunehmend in den Schatten stellen.

¹⁴ Siehe dazu die Langfassung des Studienberichts sowie den Infokasten Ausgewählte Studienergebnisse.

Ausgewählte Studienergebnisse

Den Ergebnissen einer repräsentativen Studie des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts an der Universität Leipzig zufolge ist das Vertrauen in die „Demokratie als Idee“ mit über 90 Prozent der Bevölkerung in Sachsen zwar hoch, jedoch ist Pluralismus als Leitbild der Demokratie, welche Freiheit und Gleichheit garantiert und die Rechte von Minderheiten sichert, für mehr als die Hälfte der sächsischen Bevölkerung nicht die erstrebenswerte Staatsform. 53 Prozent stimmen manifest oder latent der Aussage zu: „Was Deutschland jetzt braucht, ist eine starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“. Passend dazu zeigt der Sachsen-Monitor, eine Studie im Auftrag der Sächsischen Staatskanzlei, dass das Vertrauen in die politischen Institutionen der Demokratie seit 2021/22 deutlich abgenommen hat und nicht einmal die Hälfte der sächsischen Bevölkerung diesen vertraut. Noch geringer ist das Vertrauen in die Personen, die sich in der Politik engagieren: Der Sachsen-Monitor zeigt, dass nur ein knappes Viertel der sächsischen Bevölkerung das Gefühl hat, dass sich „die meisten Politiker um das Gemeinwohl kümmern“, nur 19 Prozent stimmen zu, dass sich diese „um einen engen Kontakt zur Bevölkerung bemühen“. Dieses Gefühl der Distanz zur Politik spiegelt sich auch in der Einschätzung der eigenen politischen Wirksamkeit wider: 80,9 Prozent der Befragten in der Studie des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts sind überzeugt, sie „haben sowieso keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut“ und 65,5 Prozent halten „es für sinnlos, sich politisch zu engagieren“.

Menschenfeindliche und nationalchauvinistische Einstellungen haben zugenommen und sind in Teilen der Bevölkerung Sachsens deutlich ausgeprägt. Die Studie des Else-Frenkel-Brunswik-Instituts zeigt starke Ressentiments in der Bevölkerung, insbesondere in den Dimensionen Ausländerfeindlichkeit, mit 32,7 Prozent manifester Zustimmung, inkl. der latenten Zustimmung gehen die Werte hier bis zu 70 Prozent, und Nationalchauvinismus mit 14,1 Prozent, inkl. der latenten Zustimmung gehen die Werte hier bis knapp 65 Prozent. Die Studie verweist darauf, dass diese antidemokratischen Ressentiments auf dem autoritären Syndrom fußen, dessen Element der autoritären Aggressionen mit 36,6 Prozent in Sachsen besonders hoch ausgeprägt ist. „Die Identifikation mit der Macht einer Autorität“ dient u. a. „der Legitimation von Gewalt gegen ‚Andere‘“. Passend dazu zeigen die Ergebnisse des Sachsen-Monitors, dass die Bereitschaft, für die eigenen Ziele notfalls auch mit Gewalt zu kämpfen, gewachsen ist und bei 14 Prozent liegt, unter den Jüngeren trifft dies sogar auf jede fünfte Person zu.

Quellen: Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2023): EFBI Policy Paper 2023-2.

Decker, Oliver et al. (2022): Leipziger Autoritarismus-Studie.

Schlinkert, Simon et al. (2024): Sachsen Monitor 2023. Ergebnisbericht für die Sächsische Staatskanzlei.

Mit dem Erstarken antidemokratischer und extrem rechter Bewegungen und Parteien wird der Ton im Rat zunehmend rauer und es mehren sich antifeministische Angriffe, die sich mit hoher Aggressivität gezielt gegen Frauen und weitere betroffene Personengruppen richten. So wird in nahezu allen Interviews davon berichtet, dass sich die Umgangsformen in der kommunalen Vertretung verschlechtern haben und nicht respektvoll sind. Die Bandbreite reicht von unsachlichen Zwischenrufen bis hin zu sexistischen, rassistischen und queerefeindlichen Pöbeleien und Beleidigungen. Oftmals erleben die Politikerinnen, dass sie ihre Themen nicht in Diskussionen einbringen können, ihnen das Wort genommen wird und sie beleidigt werden. Es werden zahlreiche Situationen geschildert, in denen Frauen mit entwürdigenden und aggressiven Äußerungen und Handlungen konfrontiert werden, die sich auf ihr Geschlecht beziehen. Ziel dieser Anfeindungen ist es, die Betroffenen im Innersten zu treffen, ihnen das Selbstvertrauen und den Mut zu nehmen, sich weiterhin aktiv einzubringen.

„Ich weiß nicht, übergreifend, was soll man jetzt machen, wenn die Übergriffe immer mehr werden [...]? Man kann ja schlecht dann sagen, den Frauen stellen wir einen Bodyguard an die Seite oder wie auch immer. Also ich glaube, wir haben nicht das Problem, die Frauen zu motivieren. Ich glaube, wir haben das Problem eines regelrechten Werteverfalls in der Gesellschaft.“



(Interview: Stadträtin, ländlich, 53 Jahre)

Mehrfach beschreiben die Politikerinnen ihr Unverständnis darüber, dass Pöbeleien und Beleidigungen im Rat zu wenig Einhalt geboten wird und diese dadurch eine gewisse Normalität erlangen. Die befragten Kommunalpolitikerinnen berichten, dass ihnen ihr Engagement in diesem Klima sehr viel abverlangt. Die Angst, die aufgrund dieser aufgeladenen, teilweise feindlichen Stimmung entsteht, führt auch zu Schutzverhalten hinsichtlich der eingebrachten Themen oder der eigenen Person. Eine queere Person berichtet bspw. davon, sich zu ihrer eigenen Sicherheit im Rat nicht zu outen.

*„Also bei uns passiert das auch im Stadtrat häufig. Tatsächlich auch in den Reden. [...] Also, wirklich so ganz schlimm unter der Gürtellinie. Der gesagt hat dumme F*** sogar. Sie hatte um Ruhe gebeten. Und da dreht sich der eine um und sagt ihr: ‚Du hast gar nichts zu sagen.‘“*



(Interview: Stadträtin, kreisfreie Stadt, 55 Jahre)

In vielen Interviews wurde thematisiert, dass sich der Umgang miteinander und die Gesprächskultur im Rat verbessern müssen. Es besteht der Wunsch nach Fortbildungen für die Sitzungsleitung und sämtliche Ratsmitglieder, um für eine faire und wertschätzende Kultur des Miteinanders sorgen zu können. Wegweisend zeigt die Studie einige Fälle auf, in denen es engagierten Ratsvorsitzenden mittels einer konsequenten Sitzungsleitung und der Unterstützung von Mandatsträgern gelingt, eine konstruktive Zusammenarbeit zu ermöglichen.

Doch auch über den Kontext der unmittelbaren Ratsarbeit hinaus erleben die Kommunalpolitikerinnen häufig Beleidigungen und Bedrohungen in ihrem Umfeld. In den Interviews sprechen sie von bedrohlichen Situationen auf der Straße, von Beleidigungen, Verleumdungen und Drohungen in Briefen, E-Mails oder in den sozialen Medien bis hin zur Veröffentlichung von Fotos und Privatadressen, z. B. online.

Mehrere Kommunalpolitikerinnen berichten, dass sie sich teilweise nicht mehr sicher fühlen und ein Klima der Angst entsteht. Kommunalpolitikerinnen aus ländlichen Räumen beschreiben diese Angst besonders eindrücklich: Die fehlende Anonymität, die einerseits ein Schutz sein und ein Sicherheitsgefühl vermitteln kann, wird hier andererseits zunehmend als Gefährdung für die persönliche Sicherheit erlebt. Dabei werden vor allem Gruppierungen wie die Freien Sachsen, die Reichsbürger sowie Mitglieder und Unterstützende der AfD als bedrohlich wahrgenommen.



„Ich bekomme selbstverständlich auch Briefe, anonyme und selbst mit Unterschriften, die ich zur Anzeige bringe. Das passiert leider regelmäßig. Das macht auch was mit einem. [...] Und wenn du nach Hause kommst, du guckst dich dreimal um, ob jemand im Grundstück mit steht. Das hat in den letzten fünf Jahren schon was mit einem gemacht.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)

Von den befragten Frauen wird vereinzelt Unverständnis darüber zum Ausdruck gebracht, dass in öffentlichen Räumen ohne Einschreiten der Polizei oder Behörden rechtsextreme Willensbekundungen geäußert und verbotene Symbole gezeigt werden können. Denn dadurch entsteht ein bedrohliches Klima, in dem sich Menschen nicht mehr auf die Straße trauen oder bestimmte Gegenden meiden. Außerdem wird somit der aggressiven Willensbekundung kein Einhalt geboten, wodurch eine Normalisierung dieser bedrohlichen Stimmung erreicht wird. Als Folge dieses Kreislaufes werden teilweise ein Kapitulieren und ein gewisser Fatalismus seitens der zuständigen Versammlungsbehörde (dem Landkreis) und der Ordnungskräfte der Polizei wahrgenommen.

Zum Teil wird in den Interviews die Befürchtung geäußert, dass Frauen aufgrund dieser Entwicklungen verdrängt werden, sich weniger in Diskurse einbringen, Sichtbarkeit vermeiden, sich sukzessive aus dem öffentlichen Leben zurückziehen und damit die Errungenschaften der Emanzipation und der Frauenbewegung zunichtegemacht werden könnten. Sie berichten von Kommunalpolitikerinnen in ihrem Umfeld, die auf die wachsenden Anstrengungen und Auseinandersetzungen mit Rückzug reagieren. Die Gespräche in den Fokusgruppen offenbaren zudem, dass die zivilgesellschaftlich engagierten Frauen die Angst vor Bedrohungen – gegen sie selbst oder ihre Familienmitglieder – häufig als Grund bzw. zum Teil als einen der wichtigsten Gründe anführen, warum sie sich gegen eine Kandidatur für die Kommunalpolitik entschieden haben.

Auch wenn dies auf die aktiven Kommunalpolitikerinnen der Studie bislang nicht zutrifft, führen die Einschüchterungsversuche bei ihnen teilweise zu Verhaltensänderungen und sie überlegen bspw. genau, wie sie ihr Engagement vor Ort gestalten und zu welchen Themen sie sich äußern. Das legt die Befürchtung

nahe, dass die substanzielle Repräsentanz der weiblichen Abgeordneten – also die Sichtbarkeit und das Gewicht ihrer inhaltlichen Perspektiven und Anliegen – aufgrund der gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen abnehmen könnte, selbst wenn ihre Anzahl nicht kleiner wird.¹⁵ Das kann weitreichende gesellschaftliche Folgen für die Gleichstellung der Geschlechter haben.

„Ich sehe, was es für Entwicklungen gibt im Land, also unter anderem auch das Thema ‚Frauen zurück an den Herd‘. Da hole ich ganz tief Luft, weil diese Strömung gibt es auch. Und ich hoffe einfach, dass sich das nicht durchsetzt, weil ich auch ein Stück weit das Gefühl habe, dass das Thema Gleichstellung und Gleichberechtigung schon nach der Wende eine Rolle rückwärts gemacht hat. [...] Ich bin nicht so DDR-lastig, aber zumindest war das Thema dieser Gleichberechtigung selbstverständlich und ich hoffe, dass wir da irgendwann hinkommen. Wir sind in vielen, vielen Bereichen schon dort, aber insgesamt habe ich gerade das Gefühl, dass es eher so Strömungen gibt, die wieder in eine andere Richtung galoppieren. Und da müssen wir unheimlich aufpassen, dass das nicht passiert.“

(Interview: Bürgermeisterin, ländlich)



Unterstützung und Schutz gegen Anfeindungen

Der Umgang mit den zunehmenden Herausforderungen und bedrohlichen Situationen, die das sich wandelnde gesellschaftliche und politische Klima mit sich bringt, erfordert erhebliche psychische Anstrengungen zur Bewältigung des emotionalen Drucks vonseiten der Kommunalpolitikerinnen. Daher entwickeln sie für den Umgang damit unterschiedliche Strategien.

Eine große Bedeutung hierfür hat das persönliche Umfeld. Häufig wird auf die stärkende Rolle des Partners bzw. der Partnerin verwiesen, ebenso wie auf persönliche Netzwerke in Vereinen und Initiativen vor Ort. Auch Frauennetzwerke spielen eine wichtige Rolle. Diese werden häufig durch Gleichstellungsstrukturen auf kommunaler sowie auf Landes- und Bundesebene oder in einigen Fällen auch durch Parteien und ihre Bildungswerke ermöglicht, z. B. mit Veranstaltungen und Programmen.

„Ja, das war wirklich eine schöne Erfahrung. Und das hat mir gezeigt, wie bestärkend es ist, mit anderen Frauen in Kontakt zu sein, die in der Kommunalpolitik oder überhaupt in der Politik sind. [...] Das hat mir persönlich einen richtigen Schub und auch wieder Motivation gegeben. Also für mich persönlich ist so eine Struktur sehr wichtig.“

(Interview: Stadträtin, städtisch, 52 Jahre)



¹⁵ Siehe dazu Blätte, Andreas/Dinnebier, Laura/Schmitz-Vardar, Merve (2022): Vielfältige Repräsentation unter Druck: Anfeindungen und Aggressionen in der Kommunalpolitik. Heinrich-Böll-Stiftung.

Neben der Stärkung durch unterstützende Netzwerke setzen sich die Politikerinnen mit Strategien der Prävention und Gegenwehr auseinander. Sie informieren sich über Möglichkeiten, um sich persönlich zu schützen, und prüfen jeweils die strafrechtliche Relevanz, um Vorfälle zur Anzeige zu bringen. Informations- und Beratungsangebote sowie Ansprechpersonen auf Landesebene fungieren hier als wichtige Ressource, die zum Teil bereits von den Kommunalpolitikerinnen genutzt wird und weiter ausgebaut werden sollte.

Mehr Rückenstärkung wünschen sich die Politikerinnen außerdem von den Bürgerinnen und Bürgern. Dabei geht es zum einen um die generelle Wertschätzung des kommunalpolitischen Engagements und der Ratsarbeit. Teilweise empfinden sie sich als ‚die da oben‘ diskreditiert und wünschen sich mehr Verständnis gegenüber den Belastungen und der Verantwortung, die sie als Kommunalpolitikerinnen auf sich nehmen. Zum anderen benötigen sie Solidarität und Unterstützung im Fall von öffentlichen Beleidigungen oder gar Angriffen. Beides ist von großer Relevanz, denn ein sicherer Raum für politisches und zivilgesellschaftliches Engagement vor Ort muss aktiv durch die Bürgerinnen und Bürger hergestellt werden. Die Studie zeigt mehrere Fälle auf, in denen die Kommunalpolitikerinnen in schwierigen Situationen – u. a. aufgrund ihres Engagements gegen extrem rechte Kräfte – viel Unterstützung durch die Bürgerschaft erhielten und davon eine sehr wichtige Stärkung ausging.



„Da habe ich schon viel, viel auch Bedrohungen erlebt, aber eben auch viel, viel Zuspruch und viel Unterstützung. Und der Zuspruch und die Unterstützung waren eigentlich immer dominanter als der Ärger und auch die Angst, die ich doch schon teilweise hatte.“

(Interview: ehemalige Bürgermeisterin, städtisch, 68 Jahre)

Jetzt erst recht! Engagiert für die Demokratie

Das Erstarken antidemokratischer Kräfte, der wachsende Populismus in politischen Debatten und Forderungen ebenso wie die wachsende Bedrohungslage führen allerdings teilweise auch zu einer Verstärkung demokratischen Engagements. So schildern mehrere Frauen, dass dieser Zustand für sie ein starker Antrieb für ihre Kandidatur für die Kommunalpolitik war. Einige langjährige Mandatsträgerinnen entschieden sich aufgrund der aktuellen politischen und gesellschaftlichen Stimmung für eine erneute Kandidatur und bemühen sich verstärkt um die Gewinnung demokratisch engagierter Personen für die Kommunalpolitik, um extrem rechten Bewegungen und Parteien etwas entgegenzustellen und die Demokratie zu stärken.

Viele der Befragten engagieren sich in einer der zahlreichen Initiativen und Bündnisse, die in den letzten Jahren entstanden sind und für Offenheit, Toleranz und ein solidarisches Miteinander eintreten. In der Studie wird auch von einer Vielzahl von Initiativen berichtet, die zum Ziel haben, Menschen zu verbinden und durch ge-

meinsame Vorhaben Möglichkeiten der Begegnung zu schaffen. Diese können bspw. der Erhalt eines Freibades, die Schaffung eines Kulturortes oder das Bereitstellen vielfältiger und leicht zugänglicher Angebote politischer Bildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene sein. Insbesondere in ländlichen Gegenden, in denen es oft kaum oder keine Gaststätten, Bäckereien, Jugendclubs oder andere Orte gibt, an denen Menschen aus unterschiedlichen Gruppen und Familien zusammenkommen können, sind diese Initiativen von enorm hoher Bedeutung. Räume der Begegnung und Möglichkeiten des Gesprächs bereitzustellen, ist nach Einschätzung vieler Befragter ein wirkungsvolles Mittel, um Polarisierung und antidemokratischen Entwicklungen Einhalt zu gebieten.

„Die Stadtpolitik droht zunehmend, von rechten Kräften übernommen zu werden. [...] Es ist einer meiner Hauptantriebe gewesen, in die Stadtpolitik zu gehen, um dem etwas entgegenzusetzen. Weil ich finde, dass diese Stadt in erster Linie, schlussendlich auch die Region, das nicht verdient, dass man diesen Kräften das Zepter überlässt. Und dass man dagegen was tun muss und sich dagegen stemmen muss im Rahmen seiner kleinen, bescheidenen Kräfte.“



(Interview: Stadträtin, städtisch, 52 Jahre)

Die Studie zeigt: Dort, wo sich Vereine, Gesprächsangebote der Kommunalpolitiker und -politikerinnen oder andere beteiligungsorientierte Strukturen wie Runde Tische oder Beiräte seit Jahren etabliert haben, konnte Vertrauen und Zusammenhalt aufgebaut werden.

„Die Leute sagen, wenn es [den Verein] nicht gäbe, wir hätten nicht so viel Mut, wenn ihr nicht da wärt. Da ist ganz viel Mut und dann trauen sie sich. Wenn was da ist, dann kommt immer mehr. Wenn nichts da ist, dann kommt nichts mehr. Das ist das Problem. [...] Dann kommt die Unzufriedenheit und dann der Hass, und der hat dann gutes Futter.“



(Interview: Stadträtin, städtisch, 57 Jahre)

Dass sich Engagement für die Demokratie lohnt und es den politisch aktiven Frauen in Sachsen wichtig ist, dass von außen differenziert auf das eigene Bundesland geblickt wird, wird in der Studie ebenfalls deutlich.

„Es gibt hier überall Menschen, die ganz andere Werte vertreten. Und das Ziel ist natürlich, dass auch die laut werden und dass ganz Deutschland sieht: Sachsen ist nicht nur blau und es gibt ganz, ganz viele, die was dagegen tun und da auch wütend darüber sind. Unsere schöne Region, die so lebenswert ist und die so viele wunderbare Möglichkeiten hat. [...] Umso wichtiger finde ich es, dass man wirklich sagt: ‚Ich rege mich darüber nicht nur auf, sondern ich gucke, was kann ich machen im Rahmen meiner Möglichkeiten.‘ Und je mehr man da dann reinkommt, umso mehr lernt man Menschen kennen und merkt: Ja, da geht was! Es gibt viel mehr als das, was leider auch medial manchmal subjektiv dargestellt wird.“



(Fokusgruppe Zivilgesellschaft: Bildung & Soziales, ländlich)

Handlungsempfehlungen

Auf der Grundlage der dargelegten Untersuchungsergebnisse sowie weiterer einschlägiger Studien wurden zentrale Handlungsfelder identifiziert. Diese verstehen sich als Ansätze, die nicht losgelöst nebeneinanderstehen sollten, sondern Aspekte einer Gesamtstrategie darstellen sollten. Denn vor allem über ihre Verknüpfung können sie nachhaltige Wirkung erzielen.

Dabei gilt es vor allem, Frauen und ihre jeweiligen Hemmnisse in ihrer Vielfalt in den Blick zu nehmen. Spezifische Barrieren für Frauen mit Migrationsgeschichte oder Rassismuserfahrungen, Frauen mit Behinderungen, queeren Frauen, Alleinerziehenden oder Frauen in prekären Lebensumständen sollten stärker adressiert und abgebaut werden, da diese dazu führen, dass deren Anteil in der Kommunalpolitik besonders gering ist.

Die Empfehlungen richten sich hierbei an eine Vielzahl von Adressaten: an die Landesregierung und die kommunalen Verwaltungen, an Parteien und Wählergemeinschaften, an Kommunale Gleichstellungsbeauftragte sowie zivilgesellschaftliche Akteure und Fraueninitiativen (wie der Landesfrauenrat Sachsen e. V., der Sächsische Landfrauenverband e. V., Frauenserviceclubs etc.) und an weitere Akteursgruppen wie den Sächsischen Städte- und Gemeindetag, den Sächsischen Landkreistag, politische Stiftungen und Einrichtungen der politischen Bildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, an Ausbildungsinstitutionen und nicht zuletzt an die Bundesregierung. Sie alle können einen Beitrag zur geschlechtergerechten, vielfältigen Repräsentanz der Bevölkerung in der Kommunalpolitik und so zur Stärkung der pluralistischen Demokratie leisten.

Möglichkeiten politischer Bildung und Beteiligung schaffen

Ein breites Angebot an politischer Bildung für Kinder, Jugendliche und Erwachsene ist die Basis, um das Verständnis für das Wesen und die Stärken der demokratischen Grundordnung zu fördern sowie ein Bewusstsein für die Möglichkeiten eigenen politischen Mitwirkens zu entwickeln und auszubauen. Demokratieverständnis und Vertrauen in ihre Institutionen wächst durch die Erfahrung von Anerkennung und Teilhabe.

Eine wichtige Zielgruppe sind zunächst Kinder und Jugendliche. Um die junge Generation frühzeitig an der Gestaltung des eigenen Lebensumfelds zu beteiligen, sollten in den Kommunen Kinder- und Jugendbeiräte einberufen werden. Aktuell sind solche Beiräte nach der Sächsischen Gemeindeordnung nur in einer Sollvorschrift vorgesehen, jedoch keine Pflicht, und viele Gemeinden haben diese deshalb bisher nicht umgesetzt.

Denkbar wäre darüber hinaus, politische Bildung in Verbindung mit der Durchführung konkreter Mikroprojekte in der Kommunalpolitik in Ausbildungs- und Studiengänge zu integrieren und dafür entsprechende Anerkennung im Rahmen der Ausbildungs- bzw. Studienordnung zu geben, z. B. in Form von Creditpoints.

Auch Erwachsene sind eine wichtige Zielgruppe politischer Bildung und Beteiligung, jedoch deutlich schwerer zu erreichen. In der Studie wurde bspw. von positiven Erfahrungen mit dem Angebot eines Politikführerscheins durch Volkshochschulen berichtet. Amts- und Mandatsträgerinnen sind gefordert, niedrigschwellige Gesprächsangebote zu entwickeln, um unterschiedliche Personengruppen zu erreichen. Hilfreich wäre hierfür eine Struktur bzw. ein Programm, das unbürokratisch mit geringfügigen Mitteln unterstützt, damit im Rahmen solcher Einladungen bspw. eine Grundverpflegung als Zeichen der Wertschätzung angeboten werden kann.

Allgemein können Dialog und Informationsvermittlung das Interesse an Beteiligung nachhaltig wecken und bisher weniger präsente Stimmen – wie queere Personen, Menschen mit Rassismuserfahrungen, sozial schwächere Menschen oder Menschen mit Behinderungen – stärken. Dies kann durch eine Vielzahl möglicher Formate erfolgen, z. B. durch thematische Beiräte wie Gleichstellungs- und Integrationsbeiräte oder durch Runde Tische.

Gefördert werden sollten auch anlassbezogene Formate der Bürgerbeteiligung wie Projekte zur Gestaltung konkreter Orte oder Gebäude. Wichtig dabei ist, dass diese nicht losgelöst von den kommunalpolitischen Strukturen stattfinden, sondern mit der Arbeit des Stadt- oder Gemeinderates eng verzahnt sind. Bedenkenswert erscheint in diesem Zusammenhang außerdem die Empfehlung des Soziologen Steffen Mau, der sich für die Einrichtung von Bürgerräten per Losverfahren ausspricht.

Mit der Einrichtung der Förderrichtlinie Bürgerbeteiligung, dem Sächsischen Beteiligungspreis und der begleitenden Initiative für den regelmäßigen, länderübergreifenden Erfahrungsaustausch zu Beteiligungsformaten hat der Freistaat Sachsen wegweisende Anstrengungen unternommen, um über Möglichkeiten der Beteiligung zu informieren, erfolgreiche Beispiele sichtbar zu machen und nicht zuletzt durch finanzielle Förderung die kommunalen Verwaltungen zu ermutigen, Formate der Bürgerbeteiligung vor Ort zu stärken. Dieser Weg sollte fortgesetzt und weiter ausgebaut werden.

Ehrenamtliches Engagement fördern

Eine starke Zivilgesellschaft mit vielfältigen Initiativen und Vereinen sowie einer hohen Beteiligung von Frauen ist die Voraussetzung dafür, dass der Anteil von Frauen in der Kommunalpolitik wachsen kann. Vor diesem Hintergrund kommt der Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements als Ausgangspunkt für kommunalpolitische Tätigkeiten eine hohe Bedeutung zu. Dies kann bspw. durch niedrigschwellig und breit angelegte Förderangebote wie den simul+Mitmachfonds gelingen.

Insbesondere in ländlichen Regionen müssen deshalb Strukturen und Angebote verstärkt werden, die sich gleichermaßen oder vorwiegend an Frauen richten. Notwendig sind hierfür leicht zugängliche Möglichkeiten finanzieller Förderung, die sich

neben etablierten Vereinen und Verbänden auch an Initiativen richten, die jenseits formaler Strukturen anlassbezogen und temporär aktiv werden – denn dort sind Frauen und junge Menschen besonders häufig engagiert.

Darüber hinaus sind Ansprechpersonen für Engagierte in den kommunalen Verwaltungen hilfreich, an welche die Initiativen Anfragen richten können, z. B. zur kostenfreien Nutzung von Räumlichkeiten für Treffen und Veranstaltungen oder um weiterführende Informationen über Unterstützungsangebote auf Kreis- oder Landesebene zu erhalten. Kommunen müssen zudem dafür sorgen, dass diese Ansprechpersonen für alle Bürgerinnen und Bürger mindestens über die Webseiten sichtbar sind.

Mit der Einrichtung einer Ehrenamtsagentur, der Stärkung der Engagement-Stiftung Sachsen, den Förderprogrammen Wir für Sachsen, Soziale Orte und Orte der Demokratie, dem Programm Neulandgewinner vom Thünen-Institut für Regionalentwicklung sowie diversen weiteren Maßnahmen hat der Freistaat Sachsen die Rahmenbedingungen für ein Engagement in den letzten Jahren deutlich verbessert. Um jedoch eine nachhaltige Wirkung zu erzielen, wird die Fortführung und Weiterentwicklung ebendieser Strukturen und Programme nachdrücklich empfohlen.

Gleichstellungsstrukturen stärken

Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten kommt vor Ort eine Schlüsselrolle zu: Sie initiieren Veranstaltungen und bringen Frauen und Unterstützende der Gleichstellung zusammen. Außerdem bauen sie Netzwerke auf, stärken Fraueninitiativen und tragen Gleichstellungsthemen aus der Region in die kommunalen Gremien. Vor allem aber kennen die Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten die interessierten und engagierten Frauen vor Ort und können diese mittels der so wichtigen persönlichen Ansprache motivieren und stärken. Aufgrund unzureichender Ressourcen können sie ihre Rolle allerdings oft nur begrenzt ausüben. Viele Kommunale Gleichstellungsauftragte arbeiten ehrenamtlich oder mit geringer Stundenzahl, sie verfügen zumeist nicht oder nur in geringem Maße über ein eigenes Budget und erfahren häufig keine oder wenig Wertschätzung von Verwaltungen, Gremien und Bürgermeistern.

Kommunale Gleichstellungsauftragte benötigen zum einen ein ausreichendes zeitliches Budget, um ihren wichtigen Aufgaben nachkommen zu können. Zum anderen ist eine übergreifende Unterstützungsstruktur erforderlich, die neben bereits vorhandenen Anlaufstellen wie dem Genderkompetenzzentrum Sachsen oder dem Landesfrauenrat Sachsen e.V. auch themenbezogene, projektförmige Unterstützung leistet. Darüber hinaus ist ein niedrigschwelliger Zugang zu Fördermitteln notwendig, welche wiederum bedarfsorientiert für die Unterstützung kleinerer, regionaler Initiativen von Frauen eingesetzt werden können, um bspw. eine externe Referentin oder die Grundversorgung für eine Veranstaltung zu bezahlen oder Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Vor allem in ländlichen Regionen, in denen es keine oder nur wenig Angebote für Frauen gibt, kommt den genannten Maßnahmen eine hohe Bedeutung zu.

Wichtig für die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten ist außerdem die Unterstützung durch die Spitzen der Kommunen. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sind ebenso wie die Landräte gefordert, sich für das Ziel der Gleichstellung und der Repräsentation vielfältiger Perspektiven in der Kommunalpolitik einzusetzen.

Frauen ermutigen und vernetzen

Der Bedarf an Unterstützungsstrukturen bzw. -angeboten, die sich gezielt an Frauen richten, ist weiterhin hoch. Angesichts der Minderheitensituation, in der sich Frauen im politischen Engagement befinden, sind Möglichkeiten der Vernetzung, des Austauschs und der Entwicklung gemeinsamer Initiativen eine sehr wichtige Ressource, die von nahezu allen Befragten genannt wurde.

Überparteiliche Vernetzungs- und Informationsveranstaltungen sowie Seminarangebote, wie sie im Vorfeld der Kommunalwahlen 2024 u. a. vielfach durch den Landesfrauenrat Sachsen e.V. initiiert wurden, sind auch über den Kreis der Teilnehmenden hinaus wirksam. Parteiübergreifende Angebote sind nicht nur im Vorfeld einer Wahl, sondern auch in der Begleitung des kommunalpolitischen Mandats wichtig. Denn Frauen suchen tendenziell häufiger den Austausch als Männer, insbesondere mit anderen Frauen, um Ausgrenzungserfahrungen zu verarbeiten und Strategien für Resilienz zu entwickeln. Dies ist in Sachsen gerade jetzt notwendig, da mit der Kommunalwahl 2024 viele neu gewählte Kommunalpolitikerinnen in die Räte einziehen. Sie benötigen Stärkung ihrer Kompetenzen und sozialen Ressourcen, um in ihrer Position zu bleiben und sich einbringen zu können. Parteiübergreifenden Programmen und Strukturen, wie z. B. ein Stiftungsmodell, kommt angesichts der vergleichsweise geringen Relevanz von Parteien eine besondere Bedeutung zu.

Mit der Einrichtung der Fachkommission zur gleichberechtigten Teilhabe von Frauen an Wahlämtern, der Umsetzung der vorliegenden Studie sowie weiterer Maßnahmen, u. a. der Förderung des Programms Bürgermeisterinnen im Fokus des Vereins Frauen aufs Podium, geht das SMJusDEG wichtige Schritte, um die Repräsentanz von Frauen in der Kommunalpolitik zu stärken. Darüber hinaus gilt es, Angebote für 2024 (neu) gewählte Kommunalpolitikerinnen zu schaffen bzw. auszubauen. Dazu zählt auch die Förderung einer öffentlichen Anerkennungskultur, bspw. durch Informationsangebote an lokale Medien oder die Verleihung eines Preises an herausragende Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, die sich für Demokratie und Gleichstellung einsetzen.

Parteikulturen geschlechtergerecht gestalten

Der Bedeutungsverlust von Parteien ist in Sachsen besonders deutlich zu spüren. Teilweise sind die Vorbehalte gegenüber einer Mitgliedschaft aufgrund historischer Prägungen höher als in westdeutschen Bundesländern, weshalb Parteien hier vergleichsweise niedrigere Mitgliederzahlen und einen geringeren Organisationsgrad

aufweisen. Ihrer verfassungsmäßig verbrieften Funktion als Akteurinnen der politischen Meinungsbildung, ihrer Aufgabe zur Erfassung und Bündelung von gesellschaftlichen Interessen und Strömungen sowie zur Vermittlung und Einübung von demokratischen Werten und Verfahren vermögen die demokratischen Parteien deshalb immer weniger nachzukommen. Dies stellt sie vor besondere Herausforderungen.

Sie müssen sich daher umso mehr aktiv um neue Perspektiven und Mitglieder bemühen und Menschen aus unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen ansprechen – mehr Frauen, mehr junge Menschen, mehr queere Menschen, mehr Menschen, die Rassismus erfahren haben, Menschen mit Behinderungen sowie Menschen aus unterschiedlichen sozialen Schichten. Das bedeutet auch, Parteien müssen mehr Möglichkeiten für temporäres Engagement anbieten. Mit Blick auf die Kommunalpolitik bedeutet dies in erster Linie, dass Parteien auf Menschen zugehen und sie einladen sollten, auf ihrer Liste zu kandidieren oder die Fraktion als sachkundige Bürgerin zu unterstützen, ohne dies zugleich an eine Parteimitgliedschaft zu binden.

Essenziell ist die Förderung einer Willkommenskultur in den Parteien, insbesondere für Frauen und Angehörige weiterer unterrepräsentierter Gruppen. Denn wer einer Minderheit angehört, fasst schwerer Fuß. Die Einbindung Betroffener stellt sich allerdings nicht beiläufig her, sondern muss aktiv betrieben werden. Ein Buddy-System oder ein parteiinternes Mentoring-Programm können eine gute Unterstützung auf dem Weg zu einem parteipolitischen Engagement darstellen.

Parteien sind außerdem gefordert, männerbündische Strukturen aufzubrechen und sich mit Stereotypen und Vorurteilen auseinanderzusetzen. Hierzu sollten Schulungen zur Sensibilisierung und zur Neugestaltung von Prozessen und Formaten stattfinden. Wichtig hierfür sind interne Regelwerke und eine klare Kommunikation, dass keine Diskriminierung innerhalb der Partei und ihrer Gremien geduldet wird. Es sollten Beratungs- und Beschwerdestellen ebenso wie Awareness-Teams eingerichtet werden, die bei Veranstaltungen ansprechbar sind. Schließlich ist die Einführung und konsequente Umsetzung von Quotenregelungen zu nennen, um eine Geschlechterparität zu erreichen – sowohl hinsichtlich der Parteifunktionen als auch der Listenplätze für Wahlen. Soll der Einsatz für Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit Erfolg haben, so bedarf es Kontinuität und Glaubwürdigkeit.

Institutionelle Rahmenbedingungen verbessern

Sitzungen hybrid gestalten

Angesichts vielfältiger Herausforderungen, die eine persönliche Teilnahme an Ratsitzungen vereiteln oder erschweren können, ist mehr Flexibilität erforderlich. Die Sächsische Gemeindeordnung und die Sächsische Landkreisordnung müssten daher einen rechtlichen Rahmen für die Durchführung hybrider Sitzungen und die Übertragung des Stimmrechts schaffen. Zudem sollten Städte und Gemeinden bei der Anschaffung und beim Betrieb der technischen Ausstattung beraten und finanziell

unterstützt werden. Die digitale Übertragung der Ratssitzungen würde zugleich die Transparenz gegenüber Bürgerinnen und Bürgern fördern und einen Beitrag zur politischen Bildung und Beteiligung leisten.

Wertschätzende Kommunikation ermöglichen

Sitzungen bedürfen einer klaren zeitlichen Begrenzung und einer stringenten Sitzungsleitung, die sowohl für einen effizienten Verlauf als auch für wertschätzende Kommunikation sorgt und diskriminierendes sowie einschüchterndes Verhalten unterbindet. Bürgermeisterinnen und Landräte sollten durch Schulungen in Moderationstechniken und Coaching sowie durch weitere Empfehlungen und Vorlagen, wie den Code of Conduct in der Handreichung zur familienfreundlichen und geschlechtergerechten Gremienarbeit des SMJusDEG unterstützt werden, um dieser Aufgabe gerecht werden zu können.

Vereinbarkeit stärken

Um die Vereinbarkeit von politischem Engagement und familiären Aufgaben zu unterstützen, müssen Möglichkeiten der Kompensation von Betreuungskosten durch die Kommune geschaffen werden, wobei das Abrechnungsverfahren so einfach wie möglich gestaltet werden sollte.

Elternzeiten sind in der Kommunalpolitik momentan nicht vorgesehen. Hier bedarf es unbedingt klarer Regelungen für eine Vertretung während der Dauer der Elternzeit – sowohl für Mandatsträgerinnen und Mandatsträger als auch für ehrenamtliche Bürgermeisterinnen und Bürgermeister.

Kommunalpolitisches Engagement aufwerten

Kommunalpolitisches Engagement erfordert hohe zeitliche und teilweise materielle Ressourcen, die bei Weitem nicht alle Menschen aufbringen können. Neben dem Verständnis des Arbeitgebers ist deshalb auch eine finanzielle Entschädigung für den Arbeitsausfall erforderlich; diese könnte sich an aktuellen Regelungen, z. B. an denen für den Einsatz als Schöffe oder bei der Freiwilligen Feuerwehr, orientieren.

Der hohe Zeitaufwand in der Freizeit sollte durch eine angemessene Aufwandsentschädigung wertgeschätzt werden, die in bestimmten Fällen zusätzlich Entfernungsbzw. Fahrtkostenpauschalen enthält. Aktuell unterscheiden sich die Aufwandsentschädigungen stark, da diese nach der Sächsischen Gemeindeordnung durch jede Gemeinde selbst in ihrer Satzung geregelt werden. Empfohlen wird eine landesweit einheitliche Regelung. Als Vorbild kann Nordrhein-Westfalen dienen, wo seit 2023 eine Rechtsverordnung konkrete Sätze nach Einwohnendenzahl festlegt.

Mit Blick auf die hohe Verantwortung der ehrenamtlichen Amts- und Mandatsträgerinnen für das Gemeinwesen einerseits und ihre persönliche Zukunft andererseits wird zudem eine Aufwertung des kommunalpolitischen Engagements durch die Vergabe von Rentenpunkten empfohlen.

Schutz vor Beleidigungen und Bedrohungen bieten

Kommunalpolitikerinnen und ihre Familien müssen einerseits besser vor Angriffen geschützt und andererseits nach entsprechenden Vorfällen angemessen versorgt werden. Dies zeigt die Studie in aller Deutlichkeit. In der Ratsarbeit gilt es, Beleidigungen und persönliche, sexistische, queerfeindliche, rassistische oder behindertenfeindliche verbale Angriffe zu verbieten und ggf. mit Disziplinarmaßnahmen zu ahnden. Bürgermeisterinnen und Bürgermeister müssen sensibilisiert und darin geschult werden, diese Aufgabe wahrzunehmen. Außerdem sollte es auf Kreisebene vertrauenswürdige Ansprechpersonen geben, die Ratsmitglieder oder andere aktive Personen unterstützen, wenn diese sich bedroht fühlen. Sie können erste Anlaufstellen sein und bei Bedarf an unabhängige Beratungsstellen, die Polizei oder die Staatsanwaltschaft vermitteln.

Der Freistaat Sachsen hat bereits wichtige Schritte unternommen, um den Schutz von politisch engagierten Menschen zu verbessern. So gibt es u. a. seit 2024 bei der Polizei und der Staatsanwaltschaft direkte Ansprechpersonen im Fall von Bedrohungen. Darüber hinaus sollten den Betroffenen rund um die Uhr unabhängige Melde- und Beratungsstellen zur Verfügung stehen und ihnen durch dauerhafte Ansprechbarkeit ein sicheres Hilfsangebot bieten. Denn insbesondere Angehörige marginalisierter Personengruppen erleben, dass ihre Erfahrungen von Polizei und Behörden nicht ernst genommen werden. Unabhängige Meldestellen können in diesen Fällen mehr Vertrauen aufbauen und durch die Zusammenarbeit mit der Polizei Sicherheit erzeugen. Über diese allgemeinen Melde- und Beratungsstellen hinaus bedarf es für den Politikbereich spezialisierter Gesprächsangebote bzw. psychosozialer Beratung bei Beleidigungen, Drohungen oder Gewalterfahrungen für die betroffenen Politikerinnen und ihre Angehörigen.

Neben dem gesetzlichen Rahmen, d. h. neben Staatsanwaltschaft, Polizei, Bürgermeisterinnen sowie Bürgermeistern und Beratungsstellen, sind Medien ebenso gefragt wie Bürgerinnen und Bürger. Eine Kampagne zur Sensibilisierung für Bedrohungen, denen Kommunalpolitikerinnen ausgesetzt sind, könnte Menschen erreichen und dafür gewinnen, Politikerinnen und Politiker vor Ort zu stärken und zu schützen.

Perspektiven unterschiedlicher Frauen einbeziehen

Bei der Betrachtung von Hemmnissen für Frauen in der Kommunalpolitik stehen oft stereotype Rollenzuschreibungen im Vordergrund. Allerdings sind Frauen keine homogene Gruppe. Kommen weitere Aspekte möglicher Diskriminierungen wie soziale Schicht und Lebensumstände, Bildung, Queer-Sein, Behinderungen oder eine Migrationsgeschichte bzw. Rassismusbetroffenheit hinzu, mangelt es häufig an spezifischen Konzepten und Maßnahmen. Es sind daher nur wenige Frauen in der kommunalen Politik vertreten, die von diesen Diskriminierungsformen betroffen sind. Spezifische Barrieren sollten deshalb stärker adressiert und abgebaut wer-

den, um eine gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Dies betrifft u. a. Erfahrungen mit Rassismus, Ableismus und Queerfeindlichkeit, Angst vor Anfeindungen und Gewalt, Sprachbarrieren für Nicht-Muttersprachlerinnen, soziale Hürden oder Barrieren für Frauen mit Behinderungen sowie fehlende Netzwerke von Frauen mit vergleichbarem Erfahrungshintergrund.

Fazit und Ausblick

Nach wie vor sind die Hürden hoch, die Frauen daran hindern, in der Kommunalpolitik aktiv werden und ihre unterschiedlichen Sichtweisen und Erfahrungen einbringen zu können. Zusätzlich zu Barrieren wie fehlenden zeitlichen Ressourcen und der Zuschreibung stereotyper Geschlechterrollen sind weitere Faktoren in den Blick zu nehmen: das zunehmend raue Klima in den kommunalen Vertretungen, das Ausmaß an persönlichen, sexistischen, behindertenfeindlichen und rassistischen Beleidigungen und Bedrohungen sowie das Anwachsen antidemokratischer Strömungen. Damit erhöhen sich die Zugangsbarrieren für Frauen und andere in der Politik bisher unterrepräsentierte Gruppen.

Doch zugleich ist vor Ort ein großes Potenzial an engagierten Frauen (und Männern) vorhanden, die sich sowohl für ihre Region als auch für die Demokratie einsetzen – dies zeigt unsere Studie ebenfalls eindrücklich.

Angesichts der geschilderten Herausforderungen reichen vereinzelte Maßnahmen nicht aus. Stattdessen bedarf es einer umfassenden Strategie, die Gleichstellungspolitik und Demokratieförderung miteinander verbindet. Gesellschaftliche Barrieren sind dabei ebenso zu berücksichtigen wie die Rahmenbedingungen der kommunalpolitischen Arbeit. Gleichstellungsstrukturen sind mit dem Ziel zu fördern, einladende Räume für die Vernetzung und Stärkung von Frauen zu schaffen. Dabei ist auf eine intersektionale Perspektive zu achten, um für unterschiedliche Frauen ansprechend zu sein. Eine zentrale Rolle spielen hierfür die Kommunalen Gleichstellungsbeauftragten.

Die zahlreichen Initiativen zur Motivation von Frauen für kommunalpolitisches Engagement und die gezielte Ansprache im Vorfeld der Kommunalwahl 2024 haben Wirkung gezeigt: Im Vergleich zur Kommunalwahl 2019 hat der Anteil von Frauen unter den Kandidierenden durchweg zugenommen. Jetzt gilt es, diesen Weg fortzusetzen und insbesondere die neu gewählten Mandatsträgerinnen zu unterstützen, damit sie mit ihrem kommunalpolitischen Engagement wirksam sein können.

Voraussetzung für die langfristige Erhöhung des Anteils von Frauen in der Kommunalpolitik sind Möglichkeiten für zivilgesellschaftliches Engagement in unterschiedlichsten Formen. Besonders in ländlichen Räumen fehlt es an Angeboten für Austausch, Vernetzung und gemeinschaftliche Betätigung von Mädchen und Frauen, in denen sie (erste) Erfahrungen mit Selbstwirksamkeit und der Übernahme von Leitungsfunktionen sammeln können.

Eine wichtige Rolle in der Abwägung des Für und Widers eines kommunalpolitischen Engagements vonseiten der Interessierten spielt die Sorge vor Beleidigungen und Bedrohungen der eigenen Person und von Familienmitgliedern, insbesondere Kindern. Die Gewährleistung eines wirksamen Schutzes durch staatliche Institutionen ist deshalb von immenser Wichtigkeit – mindestens ebenso sehr wie das Vertrauen darin, dass die Gemeinschaft aller Bürgerinnen und Bürger keine Ausgrenzung und Gewalt toleriert. Hier sind alle Menschen vor Ort gefragt. Vor allem aber tragen Führungspersonen in der Kommune, in der Wirtschaft und in der Zivilgesellschaft Verantwortung für ein sicheres Umfeld und einen respektvollen Umgang.

Zivilgesellschaftliche Initiativen können jedoch in Ostdeutschland seltener auf die Ressourcen einer etablierten (bildungs-)bürgerlichen Bevölkerungsschicht zählen. Die Wirtschaftsstruktur ist vor allem von Klein- und Kleinstunternehmen geprägt, weshalb ihnen weniger privatwirtschaftliche Mittel zur Verfügung stehen. Staatlichen Fördermittelgebern und Stiftungen kommt demnach eine umso höhere Bedeutung zu.

Vor diesem Hintergrund stellt es eine große politische Aufgabe dar, Menschen aus unterschiedlichen, bisher weniger repräsentierten Gruppen zu erreichen und bei politischen Fragestellungen und Entscheidungen einzubeziehen. Dafür müssen Formate der politischen Bildung und Beteiligung nachhaltig gestärkt und ausgebaut werden. In Zukunft gilt es, die damit gemachten Erfahrungen zu nutzen und Bildungs- und Teilnahmeformate in sinnvoller Verzahnung mit den kommunalen Vertretungen weiterzuentwickeln.

Das Potenzial dafür ist vorhanden. Überall in Sachsen bringen sich Menschen aktiv für die Gestaltung ihres Lebensumfelds, für demokratische Werte und eine offene Kultur ein. Die Kraft dieses Engagements sollte in der öffentlichen Wahrnehmung deutlich präsenter werden. Debatten um das Erstarken extrem rechter Bewegungen und Parteien dürfen nicht den Blick auf die Bemühungen der Menschen verstellen oder gar dafür sorgen, dass Ostdeutschland abgeschrieben wird, wie es bisweilen anklängt. Besonders wichtig ist daher eine differenzierte Sichtweise auf die spezifischen Bedingungen, die innovativen Potenziale und das breite demokratische Engagement in Sachsen und Ostdeutschland, um dieses gemeinsam weiter zu stärken.

**Herausgeber**

Sächsisches Staatsministerium der Justiz und für Demokratie,
Europa und Gleichstellung
Hansastraße 4
01097 Dresden

Redaktion

Kathrin Mahler Walther, Anna Sive, Dr. Helga Lukoschat
EAF Berlin. Diversity in Leadership
www.eaf-berlin.de

Gestaltung und Satz

lilazwei GmbH

Bildnachweis

Annika Keymer x Midjourney

Druck

Oktoberdruck Berlin

Redaktionsschluss

23. September 2024

Bestellservice

www.publikationen.sachsen.de

Hinweis

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit vom
Sächsischen Staatsministerium der Justiz und für Demokratie,
Europa und Gleichstellung kostenlos herausgegeben. Sie ist
nicht zum Verkauf bestimmt und darf nicht zur Wahlwerbung
politischer Parteien oder Gruppen eingesetzt werden.